

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP**

**Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz in Nyborg, Dänemark, am 31. August und 1. September 2009**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Nyborg am 1. September 2009 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 18. BSPC, dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und seiner Umsetzung sowie auch der EU-Ostseestrategie und ihrer Implementierung weiter hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
  - a) dass wesentliche vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern - im Rahmen des 6. und 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee - initiierte Beschlüsse sowie Feststellungen und Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Themenfelder „Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr in der Region“, „zivile Sicherheit“ sowie „Klimawandel und Energiefragen in der Region“ von der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben,
  - b) dass der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM fortzusetzen, und wird die damit verbundenen Aufgaben aktiv wahrnehmen sowie
  - c) das Vorhaben der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz, in den kommenden zwei Jahren Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen „Integrierte maritime Politik“ und „Zivile Sicherheit“ einzusetzen, und wird diese Maßnahmen unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit, Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr, zivile Sicherheit, Klimawandel und Energiefragen sowie Arbeitsmärkte und Soziales in der Ostseeregion einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und den Landtag über die Entwicklungen auf diesen Gebieten in der Ostseeregion sowie über den Stand der Umsetzung von Forderungen und Maßnahmenvorschlägen im Land entsprechend zu unterrichten.

**Dr. Norbert Nieszery und Fraktion**

**Harry Glawe und Fraktion**

**Helmut Holter und Fraktion**

**Michael Roolf und Fraktion**

**Begründung:**

Zusammenarbeit, maritime Sicherheit sowie neue Sicherheitsbedrohungen in der Ostseeregion waren die diesjährigen Schwerpunkte der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC), die mit rund 180 Teilnehmern aus 15 Parlamenten und parlamentarischen Vereinigungen sowie politischen Beobachtern und Gästen vom 31. August bis 1. September 2009 im dänischen Nyborg stattgefunden hat. Darüber hinaus wurden Berichte über die Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM, die Abschlussberichte der BSPC-Arbeitsgruppen „Klimawandel und Energieeffizienz“ und „Arbeitsmarktpolitik und Sozialleistungen“ sowie der Bericht über die Zusammenarbeit mit dem Ostseerat diskutiert. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch Präsidentin Sylvia Bretschneider und die Abgeordneten Detlef Müller, Renate Holznagel, Wolf-Dieter Ringguth und Birgit Schwesb vertreten.

Die künftige Verzahnung der Strategien und Programme für die Ostseeregion, insbesondere die enge Verknüpfung der Ostseestrategie der Europäischen Union, die einen Schwerpunkt der gegenwärtigen schwedischen EU-Ratspräsidentschaft bildet, mit der nördlichen Dimension und dem HELCOM-Ostsee-Aktionsplan, und deren Koordination mit den Politiken der Nicht-EU-Staaten Russland, Norwegen und Island war einer der Diskussionschwerpunkte im Rahmen der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz.

Wichtige Beratungsgegenstände der BSPC waren ferner zum einen gerade im Hinblick auf die bevorstehende Weltklimakonferenz in Kopenhagen der Bericht der Arbeitsgruppe „Energie- und Klimapolitik“ sowie zum anderen der Bericht der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“.

In Bezug auf den Bericht der Arbeitsgruppe „Energie- und Klimapolitik“ wurde herausgestellt, dass eine abgestimmte Energiestrategie für die Ostseeregion, die Vorlage eines Aktionsplanes zur Kraft-Wärme-Kopplung und Gebäudesanierung sowie innovative energiepolitische Maßnahmen zur Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wesentlich seien.

Die Konferenz schloss sich in ihrer Resolution zudem den Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ an, für Pendler weitere Informationszentren für grenzüberschreitende Fragen zum Arbeitsmarkt im östlichen und südlichen Bereich der Ostseeregion zu eröffnen, junge Menschen bei ihrer Berufswahl und Ausbildung stärker zu unterstützen sowie mit besonderen Maßnahmen, wie beispielsweise Integrationsplänen und der Vermittlung von Zusatzqualifikationen, der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen.

Im Hinblick auf die ökologische Sanierung der Ostsee erachteten die Konferenzteilnehmer die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes als wesentlich. Elementar sei dabei, dass die nationalen Aktionspläne zügig und ohne Abstriche umgesetzt werden, die im Mai 2010 während der HELCOM-Umweltministerkonferenz in Moskau verbindlich verabschiedet werden sollen.

Als offizielle Beobachterin der Ostseeparlamentarierkonferenz bei HELCOM trat Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider dafür ein, dass sich die Politik vom klassischen Kosten-Nutzen-Denken verabschieden müsse. Die Frage dürfe nicht mehr lauten: Was kosten der Umwelt-, Klima- und Meeresschutz? Vielmehr müsse sich die Politik fragen, wie hoch die Kosten des Nicht-Handelns seien.

Experten führten dazu aus, dass der Mehrwert einer gesunden Ostsee mit mehr als 5 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werde, wovon insbesondere der Tourismus profitieren könnte.

Zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit ist auf Initiative des Landtages Mecklenburg-Vorpommern die Forderung nach einem flächendeckenden Seeraumüberwachungssystem für die gesamte Ostsee (SUCBAS) aufgenommen worden. Für diese Forderung war insbesondere Landtagsvizepräsidentin Renate Holznagel eingetreten.

Im Hinblick auf neue Sicherheitsbedrohungen hat der Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern, Professor Ingmar Weitemeier, aktuelle Bedrohungslagen und die Situation bei der grenzüberschreitenden Kriminalität erläutert. Er begrüßte die von der Ostseeparlamentarierkonferenz geführte inhaltliche Auseinandersetzung. Er trat zudem dafür ein, dass sich die Parlamente vertieft mit diesen neuen Herausforderungen befassen.

Den Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ist es in diesem Zusammenhang gelungen, die Forderung in die Resolution einzubringen, dass effektiver als bisher gegen alle Formen der organisierten Kriminalität vorgegangen werden muss und eine engere Kooperation durch die systematische Nutzung aller bestehenden rechtlichen Regelungen und Möglichkeiten notwendig ist.

Seitens des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ist es gelungen, in wesentlichen aktuellen Aktionsbereichen der Ostseeparlamentarierkonferenz, die vertieft aufgegriffen werden sollen, richtungsweisende Weichenstellungen und konkrete Anliegen einzubringen, die auch für Mecklenburg-Vorpommern von besonderer Bedeutung sind.

Hinsichtlich der internen Organisation der BSPC verständigten sich die Konferenzteilnehmer für das Geschäftsjahr 2009/2010 darauf, dass der Erweiterte Ständige Ausschuss in diesem Zeitraum sowie der Ständige Ausschuss zweimal zusammentreten sollen, wobei der Ständige Ausschuss Beobachtern aus nationalen und regionalen Parlamenten, die dort bisher nicht vertreten waren, für eine Mitarbeit offensteht. Ziel dieser Versuchsphase ist, dass durch die Einbeziehung aller Mitgliedsparlamente in diese Gremienarbeit die Transparenz politischer Entscheidungsvorgänge erhöht werden soll, und alle Mitgliedsparlamente, die sich verstärkt einbringen wollen, nicht nur mittelbare sondern gleichberechtigt und unmittelbar einbezogen werden.

Ebenfalls beschlossen wurde der Einsatz von Arbeitsgruppen, die sich mit den Themenbereichen „Integrierte maritime Politik, insbesondere Infrastruktur und Logistik“ sowie „Zivile Sicherheit, insbesondere Menschenhandel“ befassen. Es wird davon ausgegangen, dass die Arbeitsgruppen im Jahr 2010 einen Zwischenbericht und während der 20. Jahreskonferenz 2011 ihren Abschlussbericht vorlegen.

Gastgeber der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 30. August 2010 wird das Parlament der Åland-Inseln in Marihamn sein.

Die aus der Anlage 1 ersichtlichen Resolution sowie der geänderten Geschäftsordnung (Anlage 2) hat die Konferenz einstimmig angenommen.

## Konferenzöffnung

**Thor Pedersen**, der dänische Reichstagspräsident, eröffnete die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz und begrüßte 177 Teilnehmer aus 15 Ländern. Er stellte die Bedeutung der Konferenz als wichtiges europäisches Forum heraus, das als parlamentarischer Gegenpool zum Ostseerat fungiere. Die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten, parlamentarischen Vereinigungen und europäischen Institutionen habe sich gut entwickelt und sowohl der Ständige als auch der Erweiterte Ständige Ausschuss arbeiteten durch ihr politisches Mandat so erfolgreich in Europa, dass der Ostseeregion mittlerweile eine besondere politische Beachtung geschenkt werde. Er verwies darauf, dass sich insbesondere der Nordische Rat um eine Verbesserung der Kontakte zu Weißrussland bemühe.

Der dänische Reichstagsabgeordnete und Mitglied des Ständigen Ausschusses, **Niels Sindal**, unterstrich in seiner Begrüßung die Bedeutung der BSPC als „Brückenbauer“ in der Ostseeregion. Er betonte, dass die Anrainerstaaten der Ostseeregion eine Schicksalsgemeinschaft seien, die im Gegensatz zu früher besonderen Herausforderungen in allen Politikbereichen zu begegnen habe. Als Beispiel nannte er die vom zunehmenden Seeverkehr ausgehenden Gefahren, aber auch die Zunahme der grenzüberschreitenden und organisierten Kriminalität. Diesbezüglich seien der Erfahrungsaustausch und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ergebnissen wichtig, um daraus nationale Politiken und Maßnahmen abzuleiten. Im Hinblick auf die Bedeutung der Regionen kritisierte er das Fehlen hochrangiger nationaler Regierungsvertreter.

### 1. Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC **Christina Gestrin** (Finnland) hob hervor, die Ostseeregion gehöre weltweit zur Spitze, etwa bei der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Sicherheit oder im Bereich des Umweltschutzes. Um die hervorragenden Möglichkeiten voll ausschöpfen zu können, müssten jedoch auch die Herausforderungen, Ungleichgewichte und Probleme der Region bewältigt werden. Parlamentarier trügen als gewählte Vertreter auf verschiedene Weise dazu bei, denn ihre gemeinsame Stimme finde Gehör. Besonders der Einsatz von Arbeitsgruppen der BSPC habe sich bewährt und die im Jahr 2007 beschlossene gemeinsame Finanzierung des Sekretariates in Kopenhagen wirke sich inzwischen positiv aus. Sie begrüßte die neue EU-Ostseestrategie als ein effektives Instrument zur Weiterentwicklung der Region. Die Umsetzung müsse allerdings in enger Abstimmung mit der Nördlichen Dimension erfolgen, um Teilhabe und Einfluss aller Anrainerstaaten sicherzustellen. Des Weiteren forderte sie, dass die derzeitige Wirtschaftskrise nicht als Anlass für Kürzungen oder Verschiebungen bei Umweltschutzprogrammen dienen dürfe. Daneben sei es für den Zustand der Ostsee entscheidend, dass die Anrainer ihren Verpflichtungen aus dem Ostseeaktionsplan der HELCOM (BSAP) vollständig nachkämen. Abschließend betonte sie, für die weitere Entwicklung der Region müsse die Sicherheit des Einzelnen gewährleistet sein. Hierzu sei eine engere regionale Kooperation notwendig.

Als Vertreterin des Ostseerates wertete die stellvertretende Außenministerin Litauens **Asta Skaisgirytė-Liauškienė** die gemeinsame Schwerpunktsetzung von BSPC und CBSS in Bereichen wie den „Neuen Sicherheitsbedrohungen“, der „Maritimen Sicherheit“ oder der „Meerespolitik“ als Zeichen der engen Zusammenarbeit beider Gremien. Neue Impulse erhalte die Kooperation durch die EU-Ostseestrategie für die Region. Sie ermögliche eine kohärentere und gezieltere Umsetzung wichtiger Maßnahmen und stelle ein einzigartiges Modell regionaler Politikplanung dar. Der Ostseerat werde unter litauischer Präsidentschaft nach Wegen suchen, zur Implementierung der Strategie beizutragen, die durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise unter erschwerten Bedingungen erfolgen müsse. Als weitere Prioritäten der CBSS-Präsidentschaft Litauens stellte sie die Förderung wissenschaftlicher und technologischer Innovationen, den Ausbau grenzüberschreitender Kontakte auf gesellschaftlicher Ebene und das Ziel eines sauberen und sicheren Lebensumfelds im Ostseeraum heraus. Dabei solle auch Weißrussland aktiv mit einbezogen werden, das seit Kurzem einen Beobachterstatus beim CBSS besitze. Anschließend erläuterte sie die Aktivitäten des Ostseerates auf dem Gebiet der zivilen Sicherheit. Hier müsse es vor allem darum gehen, die bereits existierenden Instrumente und Netzwerke besser zu nutzen.

**Mikael Lesko**, schwedische Botschaft Kopenhagen, erachtete als Vertreter der amtierenden EU-Ratspräsidentschaft die EU-Ostseestrategie als einen wichtigen Beitrag für die zukünftige Entwicklung der EU-Politik. Sie sei ein Schritt zur vertieften Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten und ihre Umsetzung eine Priorität der Schwedischen Ratspräsidentschaft. Die Ostsee sei mittlerweile zu einem „Binnenmeer“ der EU geworden, was die Verantwortung der Europäischen Union gegenüber diesem sensiblen Gewässer erhöhe. In Anbetracht des globalen Klimawandels und der Umweltprobleme habe man die Maßstäbe in der Kooperation festzulegen, um das maritime Erbe und die Lebensqualität zu schützen. Bemerkenswert sei, dass im Falle der EU-Ostseestrategie verschiedene Mitgliedsstaaten die Verantwortung für 15 prioritäre Bereiche erhalten hätten, die durch Flaggschiffprojekte gekennzeichnet seien. Die EU-Ostseestrategie solle als Inspiration, Beispiel und effektives Werkzeug der Integration und Konsolidierung in der Europäischen Union dienen. Hinsichtlich der Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise könne die verstärkte Kooperation betroffener Länder zu einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum führen. Mitgliedsstaaten müssten auf Makroebene denken, statt innerhalb ihrer Nationalgrenzen zu verweilen. Das gemeinsame Ziel der Ostseeregion sei ihre Stärkung im globalen Wettbewerb. Auch wenn die Ostseestrategie eine EU-Maßnahme sei, habe man Nicht-EU-Länder wie Russland als Kooperationspartner zu integrieren. In Bezug auf die Nördliche Dimension sei man mit den bisher erzielten Ergebnissen zufrieden. Doch müssten weitere Maßnahmen unternommen werden, um die Umwelt-Herausforderungen zu meistern.

Als Vertreter der Regionalduma Murmansk verlas **Evgeny Nikora** ein Statement des Vorsitzenden der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes, **Igor Maydanov**, zum Stand der Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes. Er führte aus, dass 2010 anlässlich der HELCOM-Umweltministerkonferenz in Moskau die jeweiligen nationalen Programme erörtert werden sollen, die in Übereinstimmung mit internationalen und EU-Maßgaben zur realisieren seien. In diesem Zusammenhang seien Prioritäten zu setzen und bestehende Finanzierungsinstrumente zu nutzen. Im Weiteren verwies er auf statistische Daten des Einzugsgebietes und auf die Bedeutung der Ostsee selbst, wobei unterstrichen wurde, dass der Nutzen einer nicht-eutrophierten Ostsee von Experten auf bis zu 5 Mrd. Euro pro Jahr beziffert werde, wovon insbesondere der Tourismus profitieren könne.

Insofern sei rasches Handeln der Anrainerstaaten notwendig. Im Fortgang seines Vortrages verwies er auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Ostseeaktionsplanes: Eutrophierung, Nähr- und Schadstoffeinleitungen, maritime Aktivitäten sowie Naturschutz. Der Aktionsplan fungiere als Pilotprojekt für die Europäische Union zur Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie sowie als Umweltsäule der EU-Ostseestrategie. Insofern könne sich der Ostseeraum zur Modellregion Europas entwickeln, in der neue Möglichkeiten und Ideen entwickelt und auf ihre Wirksamkeit hin getestet werden können.

Abschließend forderte er die Anrainerstaaten auf, die vereinbarten Maßnahmen und Programme zügig und stringent umzusetzen.

Als Mitglied der HELCOM-Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Ostseeaktionsplanes unterrichtete **Christina Gestrin** die Konferenz über die Ergebnisse der Sitzungen im vergangenen Jahr. Sie hob hervor, dass während der HELCOM-Umweltministerkonferenz vom 18. bis 20. Mai 2010 die jeweiligen nationalen Umsetzungsprogramme vorgelegt und welche Instrumente und Maßnahmen angewandt werden sollen, um die Ziele zu erreichen. Sie verwies im Weiteren darauf, dass die EU-Ostseestrategie die Ziele des BSAP berücksichtige. Wesentlich sei, dass internationale Finanzinstrumente von den Anrainerstaaten zeitnah ergriffen werden müssten, um die Projekte zur Gesundung der Ostsee zu realisieren. Im Weiteren berichtete sie über Fortschritte, die bisher realisiert worden seien: Dazu zähle der intensive Dialog mit der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) zur Begrenzung der NOx- und SOx-Emissionen sowie der Abwassereinleitungen durch Schiffe und die Unterstützung der Anwendung phosphatfreier Detergentien in Estland, Lettland und Schweden. Als besondere Herausforderungen benannte sie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und das daraus resultierende verlangsamte Handeln sowie die finanzielle Zurückhaltung der HELCOM-Vertragsstaaten bei der Umsetzung des BSAP. Die Moskauer Konferenz habe daher Signalcharakter im Hinblick auf das ernsthafte politische Handeln der Vertragsstaaten.

Als offizielle HELCOM-Beobachterin der BSAP unterrichtete Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** die Konferenz über die Ergebnisse und den Verlauf der HELCOM-Generalversammlung sowie der Sitzungen der nationalen Delegationsleiter im Zeitraum 2008/2009. Im Fokus der Beratungen standen die Steuerung des Umsetzungsprozesses des BSAP, die Begrenzung landseitiger Emissionen aus der Land- und Forstwirtschaft, die schädlichen Auswirkungen der Fischerei, Möglichkeiten zur Reduktion von kommunalen und industriellen Schadstoffeinleitungen sowie die Finanzierung von Maßnahmen, die den ökologischen Zustand der Ostsee verbessern könnten. Als kritisch wurde das Ausbleiben oder die verspätete Vorlage von Datenmaterial durch einige Vertragsstaaten moniert, um eine umfassende Beurteilung der Emissionsquellen vornehmen zu können. Dies sei im Hinblick auf den abnehmenden Trend der Nähr- und Schadstoffeinträge brisant, da der BSAP keine statischen Reduktionsziele für einzelne Meeresgebiete vorgebe, sondern auf differenzierte und an die aktuelle Situation angepasste Reduktionsziele abziele. Ebenso seien die Vertragsstaaten aufgefordert worden, die Landwirtschaft im Hinblick auf ihre zentrale Bedeutung für die Eutrophierung intensiver zu überwachen. Im Hinblick auf die beabsichtigte Senkung der NOx- und SOx-Emissionen im Seeverkehr führte sie aus, dass dies für die Ostseeregion zwar begrüßenswert sei, jedoch zu Wettbewerbsverzerrungen führen könne, wenn nicht auch andere europäische Meeresregionen als Überwachungsgebiete ausgewiesen würden.

Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit gesehen, die IMO stärker für das Problem der Abwassereinleitungen von Schiffen zu sensibilisieren. In diesem Zusammenhang wurden als elementare Voraussetzung adäquate Hafenauffangeinrichtungen für Abwässer und Abfälle sowie ein ostseeweit harmonisiertes „No-Special-Fee-System“ herausgestellt. Abschließend unterstrich sie die Notwendigkeit, die Arbeit der Steuergruppe zur Umsetzung des BSAP wieder auf die politische Ebene der nationalen Delegationsleiter zurückzuverlagern, um effektiver zu agieren und Doppelarbeit zu vermeiden. Weiterhin mahnte sie an, dass die HELCOM-Vertragsstaaten den Umwelt- und Klimaschutzaspekten eine stärkere Bedeutung beimessen und in den zuständigen Haushaltsgremien für die Zuweisung angemessener Haushaltsmittel eintreten sollten.

In der sich anschließenden Diskussion begrüßte die Präsidentin des Nordischen Rates, **Sinikka Bohlin**, die Neuorganisation des Ostseerates und unterstrich die Bedeutung der strategischen Position von NGOs als Meinungsbildner für die Ostseeregion. **Berit Brørby** vom norwegischen Parlament kritisierte das unzureichende Interesse von hochrangigen Regierungsvertretern an der Ostseeparlamentarierkonferenz und ihren politischen Themen. Im Gegensatz zu den Regierungen trieben die Parlamente die grenzüberschreitenden Kontakte und Diskussionen über aktuelle politische Schwerpunktthemen voran. Sie forderte einen intensiveren Dialog zwischen den Regierungen und Parlamenten ein.

### **Abschlussberichte der BSPC-Arbeitsgruppen**

Der estländische Abgeordnete und Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“ **Mart Jüssi** eröffnete seinen Bericht, indem er auf die großen politischen Herausforderungen verwies, die sich aus den Aufgabenfeldern Energie und Klimawandel ergeben. Beide Themenbereiche seien eng miteinander verwoben und bergen für die Zukunft ein erhöhtes Konfliktpotenzial, auch in Bezug auf andere Politikfelder wie Landwirtschaft, Fischerei, Tourismus etc. Er vertrat zudem die Auffassung, dass trotz weltweit wachsender Industrien sowie der Zunahme des Energieverbrauchs von Unternehmen und im privaten Bereich ein geringerer Energieverbrauch möglich sei. Dies böte in Zukunft eine Reihe von Chancen, auch für die Wirtschaft in der Ostseeregion. Im Fortgang seines Berichts präsentierte er „Schlüssel“-Empfehlungen der Arbeitsgruppe, die durch 29 Vorschläge für Einzelmaßnahmen untersetzt wurden. Danach solle eine kohärentere Energiestrategie für den Ostseeraum herausgearbeitet werden, die den Betrieb von Off-Shore-Windparks sowie deren landseitige Anbindung und Verknüpfung mit dem Verbundnetz zwischen den Staaten der Region genauer regule. Des Weiteren seien Aktionspläne für die Kraft-Wärme-Kopplung und Innovationen in den Haushalten zu entwickeln, um so die Energieeffizienz und -einsparung zu erhöhen. Außerdem könne die Wirtschaftskrise auch als Chance genutzt werden, um die Struktur des Energiemarktes nachhaltig zu verändern. Dabei stehe vor allem die künftige Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien im Vordergrund, denn jene neuen Technologien besäßen ein erhebliches Arbeitskraft- und Wirtschafts- sowie Umweltschutzpotenzial. Darüber hinaus müsse eine Vorgehensweise herausgearbeitet werden, die ein Programm zur öffentlichen Bewusstseinsbildung beim Umgang mit Energie enthalte sowie die Kommunikation zwischen Behörden und den Stromerzeugern verbessere. Es sei wichtig, dass europäische und globale Ansätze mit regionalen Interessenlagen verknüpft würden.

Dabei stehe das Hauptziel im Vordergrund, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase nachhaltig zu reduzieren. Er führte weiter aus, dass man sich darüber bewusst sein müsse, dass diese Vorschläge mit einem enormen Kosten- und Kraftaufwand verbunden seien, der allerdings zu meistern sei, wenn alle Staaten gemeinsam agieren und die vorhandenen Finanzinstrumente der EU nutzen würden. Er forderte die Ostseeanrainerstaaten auf, entsprechende Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, die zur Nutzung kohlenstoffarmer Technologien führen. Im Weiteren führte er das Netz der Zusammenarbeit zwischen relevanten Institutionen und Gremien in der Region auf. Er bewertete die derzeitige Situation als schwere ökonomische Krise, die durch einen übermäßigen Ressourcenverbrauch und den Werteverfall eine Umweltkrise heraufbeschwöre. Er wies abschließend darauf hin, dass jeder Bürger Verantwortung für die Umwelt trage, und dass diese Verpflichtung nicht einfach auf Politiker abgewälzt werden könne. Jeder Bürger könne seinen Teil zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Um dies zu gewährleisten, dürfe der öffentliche und politische Blickwinkel auf die Problematik nicht verloren gehen.

Der Parlamentarische Staatssekretär **Franz Thönnies** stellte als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziale Wohlfahrt“ die Ergebnisse ihres zweijährigen Wirkens vor. Im Wesentlichen sei es der Arbeitsgruppe um Maßnahmen gegangen, die Mobilität von Arbeitnehmern zu fördern, sie in Steuer-, Arbeitsrecht- und Sozialversicherungsfragen besser zu beraten sowie integrierende Arbeitsmärkte zur Eingliederung benachteiligter Gruppen und junger Menschen zu fördern, um sie in die Arbeitswelt und Gesellschaft besser einzugliedern und ihr Potenzial zu nutzen. Anfangs habe sich die Arbeitsgruppe um einen Überblick über relevante Regionen mit grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten und der Erfassung von diesbezüglichen Daten bemüht. Hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit seien Ursachen ergründet und Strategien zu deren Bekämpfung erörtert worden. Seitens der Mitgliedsländer sei so weit wie möglich belastbares Datenmaterial zu Verfügung gestellt worden, aus dem im Abgleich mit Daten der Europäischen Kommission ersichtlich geworden sei, dass sich die Arbeitnehmermobilität und die Zahl der Grenzpendler stetig erhöhen. Mittlerweile könne davon ausgegangen werden, dass es zwischen 70.000 und 120.000 Grenzpendler in der Ostseeregion gebe. Gründe dafür seien die Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU, der Arbeitskräftebedarf bestimmter Nationen, die Verhinderung oder Beendigung von Arbeitslosigkeit, bessere Einkommens-, Arbeits- und/oder Wohnbedingungen, eine bessere soziale Sicherheit und Stabilität sowie bessere Möglichkeiten für Bildung, Karriere und Beschäftigung. Zentrale Fragen für Arbeitnehmer seien die soziale Absicherung wie Kranken-, Pflege-, Unfall-, Arbeits- und Rentenversicherung, Tarifbindung, Kündigungsschutz sowie staatliche Leistungen für Familien und Kinder. Als Reaktion darauf seien von einigen Ländern Informationszentren und -büros, Internetplattformen oder auch Grenzpendlerprojekte eingerichtet worden. Er führte weiter aus, dass es im Westen und Norden der Region bereits bestehende Informationseinrichtungen und -projekte (z. B. EURES - European Employment Services), jedoch im Süden und Osten kaum institutionalisierte Informationsmöglichkeiten. Demzufolge bestünden die größten Pendlerströme zwischen Dänemark und Deutschland, Norwegen und Schweden, Dänemark und Schweden sowie zwischen Finnland und Estland. Wesentliche Empfehlungen der Arbeitsgruppe seien, dass Informationsangebote für Arbeitnehmer zu einem Netzwerk ausgeweitet und entsprechende Büros mit bilingualem Personal, insbesondere im Süden und Südosten der Ostseeregion, eingerichtet sowie die Zusammenarbeit mit Sozialpartnern und politischen Entscheidungsträgern intensiviert werden. Hinsichtlich des Problems der steigenden Jugendarbeitslosigkeit sei ebenso versucht worden, eine einheitliche und vergleichbare Datenbasis zu erarbeiten.

Die Bandbreite der Jugendarbeitslosigkeit bewege sich zwischen 5,1 und 36,1 Prozent. Ursachen dafür seien ein zu geringes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Probleme bei der Berufsorientierung, Qualifikationsdefizite und teilweise zu hohe Erwartungen der Wirtschaft. Ebenso trage die Demotivation Einzelner in Schule und Ausbildung dazu bei, dass Jugendliche Schulen und Betriebe ohne Abschluss verließen. Grundlegende Maßnahme-schwerpunkte habe die Arbeitsgruppe in einer veränderten Bildungs- und aktiven Arbeitsmarktpolitik gesehen. Hauptschüler sollten bereits weit vor ihrem Schulabschluss eine Einführung in die Arbeitswelt erhalten. Deshalb seien Kooperationsprogramme zwischen Schulen, Behörden und Unternehmen zu entwickeln. Zur Vermeidung und Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit wurden die nationalen Regierungen aufgefordert, ihre Bemühungen zu verstärken, Vereinbarungen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern über die Schaffung von Ausbildungsplätzen zu treffen. Ebenso wichtig seien individuelle Pläne für Jugendliche zur Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit. Ziel sei, dass für Jugendliche Zeiten einer längeren Arbeitslosigkeit nach ihrer Ausbildung vermieden werden. Der regierungsseitige Informationsaustausch solle auf der Ebene des Ostseerates verstärkt werden, um Vorschläge für Lösungen in die Praxis umzusetzen.

Im Rahmen der Debatte führte **Anke Spoorendonk** vom Schleswig-Holsteinischen Landtag aus, dass Sprachkenntnisse für die Aufnahme einer Arbeit wesentlich seien. Sie forderte daher, die Möglichkeiten zum Erlernen der Sprache des Nachbarlandes besser zu fördern. **Gabriele Dobusch** von der Hamburgischen Bürgerschaft verwies darauf, dass insbesondere junge Frauen als benachteiligte Gruppe einzuschätzen und daher von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen seien. Sie mahnte deshalb die Regierungen an, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit auch geschlechtsspezifisch zu differenzieren. **Per Rune Henriksen** vom norwegischen Storting riet dazu, dass Behörden verstärkt Kontrollen durchführen sollten, um Sozialdumping zu verringern. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit bewertete er als Tragödie, der man durch staatliche Garantien begegnen müsse. Der Ausbildungssektor sei in allen Anrainerstaaten zu stärken. **Asta Skaisgirytė-Liauškienė** berichtete, dass die Zahl der NGOs in den Gebieten der früheren Sowjetunion signifikant zugenommen habe und diese eine wichtige Funktion in der Zivilgesellschaft einnehmen.

Als eingeladenen Gast Weißrusslands vertrat **Mikhail Orda** die Auffassung, dass sein Land Bestandteil der Ostseeregion sei, und dass auf Seiten des weißrussischen Parlaments ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der BSPC bestehe.

Die finnische Abgeordnete **Leena Harkimo** bedauerte es, dass sich Russland nicht an der Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel beteiligt habe. Sie führte weiter aus, dass insbesondere im Hinblick auf die öffentliche Bewusstseinsbildung und die Energieeffizienz mehr als bisher geschehen müsste. Als problematisch bewertete sie die Aufteilung der finanziellen Mittel in Finnland für die Herausforderungen, die aus dem Klimawandel resultierten. Energieeffizienz sei ihrer Meinung nach der beste Weg zur Energieeinsparung. Dabei solle man sich insbesondere auf den Energieverbrauch in Haushalten sowie auf die Mobilität konzentrieren. In den Ostseeregionen sei das Potenzial der erneuerbaren Energien sehr hoch, wobei man sich neben der Windenergie vor allem auf den Rohstoff Holz konzentrieren solle. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages forderte **Kurt Bodewig**, der Verknüpfung von Energienetzen zukünftig eine stärkere Beachtung zu schenken, um die Versorgungssicherheit in der gesamten Region zu gewährleisten. **Asmund Kristoffersen** vom norwegischen Storting forderte die Umsetzung der Arbeitsgruppenvorschläge durch die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten ein, wobei den Parlamenten eine erhebliche Kontrollaufgabe beizumessen sei.

## 2. Sitzungsabschnitt: Maritime Sicherheit in der Ostseeregion

**Per Sønderstrup**, Referatsleiter in der Dänischen Seefahrtsbehörde, stellte Grundlagen zum Schutz der Meeresumwelt durch Möglichkeiten zur Verbesserung der maritimen Sicherheit dar. Problematisch für den Seeverkehr in und aus der Ostsee seien die engen und schwierig zu befahrenden dänischen Seestraßen durch den Sund und den großen Belt. Rund 70.000 Schiffe drängten sich jährlich durch diese Zufahrten, wobei insbesondere ein hohes Risiko für tiefgehende Schiffe bestehe. Er führte aus, dass die maritime Sicherheit entscheidend von der technischen Qualität der Schiffe und ihres Führungspersonals, der Annahme von Hilfsdiensten für die Navigation, einer stringenten Überwachung und Lenkung des Verkehrs, von den weltweiten Standards für Ausrüstung und Ausbildung sowie von den Schiffseignern und Reedern geprägt werde. Dänemark verfolge diesbezüglich einen holistischen Ansatz: Bis zu 98 Prozent der Schiffe nützten für die Durchfahrt Lotsen, Verkehrsüberwachung, Ausweisung neuer Routen und Verkehrsseparation und eine stringente Hafenstaatenkontrolle, was sich nahtlos in weltweite Forderungen füge. Dies seien das „phasing-out“ von Einhüllentankern, höhere Entschädigungen bei Havarien, neue Regeln für Öltransporte sowie verbesserte „Response“-Kapazitäten bei Unfällen. Erfreulich sei festzustellen, dass trotz zunehmenden Seeverkehrs die Anzahl der Schiffshavarien signifikant gesunken sei, nämlich von 2,5 auf 1,5 Unfälle pro 10.000 Schiffe. Weiterhin konstatierte er einen Gesinnungswandel dahingehend, dass dem Umwelt- und Klimaschutz in der Seefahrt mehr Beachtung geschenkt werde.

Ergänzt wurde der Vortrag durch Ausführungen von **Charlotte Wiin Havsteen**, Abteilungsleiterin für Hydrographie und maritime Daten der dänischen Seesicherheitsbehörde. Sie führte aus, dass die besonderen hydrographischen Charakteristika das Binnenmeer Ostsee äußerst „verletzlich“ machen. Ihre Behörde verstehe sich als Dienstleister für die Seefahrt, sammle Daten, werte diese aus und stelle die Ergebnisse und Vorhersagen zur Verfügung, wobei man eng mit HELCOM zusammenarbeite. Wichtig seien in diesem Zusammenhang Untersuchungen des Meeresgrundes, um Gefahren für den Seeverkehr zu meiden. Weitere Dienstleistungen seien die Erfassung und Überwachung von AIS-Daten, die Beteiligung am „Sea Track Web“ zur Vorhersage der Ausbreitung von Schadstoffen und illegalen Einleitungen auf der Ostsee. Als besonderes Projekt erwähnte sie einen Feldversuch in der Öresundregion: die elektronische Navigation. Hier könnten Schiffsbesatzungen die wichtigsten und aktuellsten Daten für eine sichere Fahrt durch das Gewässer abrufen. Darüber hinaus sei die Behörde für die maritime Raumordnung zuständig. Zur Verbesserung des Ostseeschutzes empfahl sie den verstärkten Informations- und Datenaustausch zwischen den Anrainerstaaten, die Verbesserung der Navigationssicherheit, die Nutzung von AIS, eine konsequente Überwachung des Seeverkehrs sowie eine intensive maritime Raumordnung, um die Nutzungskonflikte zu minimieren.

**Tapio Gardemeister**, Abteilungsleiter in der finnischen Seefahrtsbehörde, unterrichtete die Konferenz über den Bereich Navigationssicherheit. Wesentliche rechtliche Grundlagen dafür seien das SOLAS-Abkommen (Safety of Life at Sea; Internationales Abkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See) der Vereinten Nationen, der International Ship and Port Facility Security Code (ISPS-Code) zur Gefahrenabwehr bei Schiffen und Häfen sowie das Schiffsmelderegister (Register of Ships Act 512/1993). Verantwortlich für die Umsetzung des ISPS-Codes seien in Finnland die Seefahrtsbehörde, die Polizei, die Grenzschutzbehörde sowie die Zollbehörden.

Eines der Hauptziele sei das Aufspüren von Waffen, Drogen und illegal an Bord befindlichen Personen auf Schiffen, um der organisierten Kriminalität zu begegnen. Hinsichtlich der Kontrollen haben Schiffe ihr Einlaufen in finnische Häfen mindestens 20 Stunden zuvor anzukündigen, damit die entsprechenden Grenzbehörden die übermittelten Informationen verifizieren können und ausreichend Zeit für Kontrollen verbleibt. Im Weiteren erläuterte er die Umsetzung und Bedingungen für einzelne ISPS-Maßnahmen in finnischen Häfen. Ergänzt würden die Bemühungen zu Gefahrenabwehr durch nationale Sicherheitsprogramme, Maßnahmen zur Reduzierung der organisierten Kriminalität, einen Hafenverbund als Element der kommunalen Sicherheitsplanung sowie durch gemeinsame Übungen der verantwortlichen Stellen.

**Ulf Bustorff** stellte als stellvertretender Leiter des deutschen Havariekommandos in Cuxhaven die nationale und internationale Zusammenarbeit bei Rettungseinsätzen und bei der Bekämpfung von Havarien vor. Eingangs erläuterte er die Fusion deutscher Behörden zu einem maritimen Sicherheitszentrum in Cuxhaven im Jahr 2005. Ziel sei es gewesen, die Zusammenarbeit der für maritime Sicherheit zuständigen Behörden zu verbessern, hohe Sicherheitsstandards zu gewährleisten, Zuständigkeiten zu bündeln, den Informationsaustausch zu verbessern sowie die Überwachungspräsenz auf See zu verbessern.

Das Zentrum reagiere direkt auf Notfallsituationen sowie zur Vorbeugung von Havarien und leiste darüber hinaus Unterstützung für Partner. Weiterhin erläuterte er die Struktur seiner Behörde, die Definition komplexer Schadenslagen sowie die Kompetenzen der Behörde. Für den „Rund-um-die-Uhr-Einsatz“ stünden auf der Grundlage eines abgestimmten Konzepts zwischen dem Bund und den Ländern Schlepp- und Unfallbekämpfungskapazitäten in Nord- und Ostsee zur Verfügung. Man bereedere eigene Schiffe, habe aber auch private Unternehmen unter Vertrag. Darüber hinaus beteilige sich die Behörde an der Luftüberwachung zur Aufklärung von illegalen Einleitungen und Havarien.

**Kimmo Tiilikainen** vom finnischen Parlament erwähnte während der Diskussion einen Bericht der finnischen Regierung über Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität, der maritimen Sicherheit, zur Bekämpfung von Ölkatastrophen und zur Verbesserung sozialer Belange in der Ostseeregion. Der Bericht enthalte rund 70 Vorschläge und unterstütze den HELCOM-Ostseeaktionsplan. Im Rahmen der Nördlichen Dimension und der Kooperation im Bereich Transport und Logistik sei eine engere Koordination notwendig. Man müsse sich vor Augen führen, dass 75 Prozent des finnischen und 30 Prozent des russischen Außenhandels über die Ostsee erfolge. Die vertiefte Kooperation von nationalen Behörden im Ostseeraum zeige bereits positive Auswirkungen, wie das Beispiel des Meldesystems GOFREP zeige. Seit seiner Einführung habe sich kein größerer Unfall ereignet. Er empfahl, das System auf die gesamte Ostseeregion auszuweiten und AIS auch für kleinere Fahrzeuge vorzuschreiben. Zudem forderte er die Ostseeanrainer dazu auf, größere Kapazitäten für die Ölunfallbekämpfung bereit zu stellen. Finnland werde diesbezüglich Gebühren für importiertes Öl erheben und diese Einnahmen für zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen und Unfallbekämpfungskapazitäten verwenden. Er halte es zudem für inakzeptabel, dass Investitionen für den Umweltschutz und die maritime Sicherheit unter dem Vorwand der jetzigen Wirtschaftskrise gekürzt würden.

**Kari Lise Holmberg** vom norwegischen Storting führte aus, dass die jüngste Umweltkatastrophe vom Juli 2009 vor der Küste Norwegens, durch die Havarie eines Öltankers entstanden sei. Deshalb sei es auf nationaler Ebene notwendig, die Ölbekämpfungskapazitäten zu evaluieren und zu verbessern. Sie bewertete die Ausstattung als nicht ausreichend, vor allem bei schwierigen Witterungsverhältnissen. Nachbarstaaten müssten sich koordiniert über Maßnahmen in Katastrophenfällen verständigen und Aufgaben teilen. Die Unterstützung Schwedens im vorliegenden Fall sei ein gutes Beispiel für die Ostseekooperation. Sie schlug vor, auf der Grundlage eines Berichts des ehemaligen Außenministers Norwegens ein Monitoring einzurichten, dass die marine Umwelt, deren Verschmutzung sowie den Menschenhandel überwache. Die IMO müsse diese Probleme auf ihre Tagesordnung setzen. Die Havarie vor Norwegens Küste spreche dafür, dass ein internationales Verbot für Schweröl als Schiffstreibstoff erteilt werde. Zudem müssten Schiffstanks viel sicherer sein.

### **3. Sitzungsabschnitt: Neue Sicherheitsbedrohungen in der Ostseeregion**

Als Direktor der Abteilung für strategische Politik und Planung im polnischen Außenministerium sprach **Maciej Pisarski** über neue Herausforderungen im Bereich Sicherheit in der Ostseeregion. Dazu zähle er den internationalen Terrorismus, einschließlich des illegalen Waffenhandels, des Schmuggels und der Finanzierung terroristischer Vereinigungen, radikale Ideologien und Bewegungen, die demokratische Werte unterlaufen wollen, die negativen Folgen der Globalisierung, die Transport- und Energiesicherheit sowie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Auf all diese Entwicklungen müsse mit Solidarität in der Region reagiert werden. Die Energieversorgungssicherheit sei dabei besonders hervorzuheben, im Rahmen derer die technische Infrastruktur geschützt werden müsse und insbesondere alternative Energiequellen zu entwickeln und zu nutzen seien, um Abhängigkeiten zu minimieren. Ebenso müssten die von der Ostsee ausgehenden Gefahren wie Munitions- und chemische Altlasten aus dem Zweiten Weltkrieg sowie die von den Sedimentabgrabungen beim Bau der Nord-Stream-Gaspipeline durch die Ostsee ausgehenden Gefahren untersucht werden. Eine weitere Sicherheitsbedrohung sei die wachsende Internet-Kriminalität, der man mit erhöhten technischen Sicherheitsmaßnahmen entgegenwirken solle. Zudem werde die Bevölkerung durch Pandemien wie beispielsweise die Schweinegrippe, Tuberkulose und AIDS gefährdet. Er führte weiter aus, dass sich vor diesem Hintergrund die Politik der Nördlichen Dimension bewährt habe und weiterhin als Rahmen zur politischen Kooperation dienen solle. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass in der Ostseestrategie Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit im Bereich der maritimen Sicherheit vorgesehen seien, um Krisensituationen zu bewältigen und gegen das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen vorgehen zu können. Polen wolle sich im Bereich der maritimen Sicherheit besonders engagieren.

Als international anerkannter Sachverständiger für Fragen der zivilen Sicherheit sprach der Leiter des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern **Professor Ingmar Weitemeier** über die organisierte Kriminalität in der EU sowie im Ostseeraum und beleuchtete dabei auch die spezielle Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Als Hauptprobleme definierte er den Schmuggel von gefälschten Produkten, Rauschgift-, Schleuser- und Wirtschaftskriminalität, Menschenhandel, Kfz-Diebstähle, Eigentumsdelikte, Geldwäsche, den internationalen Terrorismus, die Sicherheit im Seeverkehr, Piraterie und Migration. EUROPOL erstelle diesbezüglich Bedrohungsanalysen zur Organisierten Kriminalität in der EU (OCTA - EU Organised Crime Threat Assessment) und arbeite an einer Analyse, speziell zur Organisierten Kriminalität in Russland (ROCTA - Russian Organised Crime Threat Assessment). Er führte weiter aus, dass sich die Bundesregierung im Haager Programm dazu verpflichtet habe, die Kooperation in der Verbrechensbekämpfung zu verbessern und die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen. In diesem Zusammenhang warnte er auch vor Terroristen mit islamistischem Hintergrund, die Attentate auf anfällige Ziele, z. B. Kreuzfahrtschiffe, ausüben könnten. Vor dem Hintergrund, dass Mecklenburg-Vorpommern zunehmend als Transitland genutzt werde, seien die bisher gemeinsam erzielten Erfolge in der deutsch-polnischen polizeilichen Zusammenarbeit im Zentrum in Swiecko besonders hervorzuheben. Insgesamt werde die organisierte Kriminalität unterschätzt und entwickle sich zu einer ernststen Gefahr in der Gesellschaft. Mangelnde Kenntnisse über den Umfang, die Risiken und Gefahren des organisierten Verbrechens erschwerten die Mobilisierung politischen Willens. Daher seien eine effizientere Datenanalyse, der Datentransfer und -abgleich über Ländergrenzen hinweg zwingend erforderlich. Er empfiehlt, gemeinsame international und grenzüberschreitend agierende Ermittlungseinheiten zur Erkennung der Strukturen organisierter Verbrechensgruppen einzurichten, die von Fall zu Fall oder die in Projekten gewonnenen Daten auswerten und Handlungsoptionen aufzeigten. Die Beteiligung von EUROPOL sehe er als äußerst nützlich an. Zu berücksichtigen seien in dem Zusammenhang Aspekte wie das internationale und nationale Recht, das insbesondere hinsichtlich von Rechtshilfeersuchen zu verbessern sei, taktische und strategische Vorgehensweisen, die zur Verfügung stehende Technik sowie die Verknüpfung von äußerer und innerer Sicherheit. In jedem Fall müsse die Polizeikooperation vertieft werden, da die Organisierte Kriminalität extrem dynamisch und anpassungsfähig sei.

**Eva Biaudet** von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) führte aus, dass insbesondere der Menschenhandel, verbunden mit sexueller Ausbeutung, in der heutigen Zeit eine ernsthafte Bedrohung sei, derer man sich im Rahmen eines Sicherheitskonzeptes annehmen müsse, um die Opfer zu schützen. Der Kampf gegen die moderne Sklaverei in der Sexindustrie und anderen Wirtschaftsbereichen könne nicht von einer internationalen Organisation allein geführt werden, sondern müsse von jeder Regierung individuell strategisch angenommen und angepasst werden. Die sexuelle Ausbeutung habe den größten Anteil beim Menschenhandel - vor allem in Europa und auch in der Ostseeregion. Sie erläuterte, dass Opfer unter Vorspiegelung falscher Tatsachen angelockt würden, um sie dann zur Prostitution zu zwingen. Neuste Forschungen besagten, dass Opfer erst nach 6 oder 18 Monaten fähig seien, über das Erlebte zu sprechen und den Behörden bei der Verfolgung der Täter behilflich zu sein. Erschwert werde die Bekämpfung dieser Verbrechen durch Gesetze, die Frauen als Besitz bezeichnen, oder durch die global agierende Sexindustrie. Der skandinavische und britische Ansatz sei daher vielversprechend bei der Begrenzung dieser Form von Ausbeutung.

Eine weitere Form der Sklaverei sei die Ausbeutung von Arbeitskräften in Fabriken, der Gastronomie, im Baugewerbe, als Haushaltshilfen, auf Märkten oder in der Landwirtschaft. Eine Untersuchung der OSCE habe nachgewiesen, dass in den Mitgliedsländern diese Form der Ausbeutung nach wie vor stattfinde. Der Arbeitsschutz und die Arbeitsaufsicht seien deshalb äußerst wichtig, ebenso wie die Unterstützung von Migranten beim Erlernen der Sprache des Gastlandes, der dortigen sozialen Strukturen sowie dem Erlangen von Bildung, um sie aus der Grauzone herauszuhalten. Ein weiteres Problem sei die Verschleppung von asylsuchenden Kindern, die in Zufluchtszentren oder Heimen untergebracht sind. Manchmal dränge sich ihr der Verdacht auf, Menschenhändler würden Asylunterkünfte als „Aufbewahrungsort“ für verschleppte Kinder nutzen, um diese dann je nach Bedarf abzuholen und zur Prostitution, zum Betteln, zu Bagatelldelikten und häuslicher Sklaverei zu zwingen. Die Niederlande sei beispielsweise von kriminellen Organisationen aus Nigeria als Transitland genutzt worden, um Frauen zum Zwecke der Prostitution nach Italien und Spanien zu schleusen. Inzwischen seien aber Präventivmaßnahmen in Ursprungs- und in Zielländern eingerichtet worden, die diese Auswüchse erfolgreich eingedämmt hätten. Gute Bedingungen für Menschenhändler würden so lange andauern, wie die wachsende Nachfrage nach billigen Arbeitskräften bestünde und mit fehlendem Respekt gegenüber der Menschenwürde und Ausbeutung von Verzwweifelte einherginge. Nützlich wäre deshalb die Information potentieller Migranten über den Check-up zukünftiger Arbeitskräfte, die Arbeitsbedingungen, Erfahrungsberichte und Anlaufstellen für Opfer von Ausbeutung. Man sollte zudem zielgerichtete Strategien zur Bekämpfung des Menschenhandels entwickeln, diese auf ihre Effizienz hin analysieren und die Unterstützung von Opfern stärken - vor allem auch auf lokaler Ebene. Hier habe sich die Hilfe von Nichtregierungsorganisationen bewährt. Das gelte ebenso für Spezialmaßnahmen bei Opfern im Kindesalter. Abschließend hob sie hervor, dass Ansätze hinsichtlich des Menschenhandels in verschiedenster Ausprägung, der ethnischen oder geschlechtsabhängigen Diskriminierung, im Hinblick auf wirtschaftliche Disparitäten, ausbeutende Milieus, Korruption und das organisierte Verbrechen auf den Weg zu bringen seien.

Der Präsident der Baltischen Versammlung, **Dr. Mantas Adomėnas**, ging in seinem Vortrag auf diverse Sicherheitsaspekte innerhalb der Ostseeregion ein. Seiner Ansicht nach definiere sich der Begriff „Sicherheit“ als ein Zustand ohne Bedrohungen und als dynamischer Prozess, der heutzutage einem signifikanten Bedeutungswechsel unterliege. Damit sei gleichzeitig weltweit eine veränderte Bedrohungslage zu erkennen, wie beispielsweise Internetverbrechen, Klimawandel und Energiesicherheit. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte er fünf Parameter für einen „sicheren Zustand“ heraus und definierte diese konkret für den Ostseeraum. Dies seien militärische und politische Sicherheit, innere Sicherheit, soziale Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit sowie eine sichere Umwelt. Dabei kommt er zum Ergebnis, dass die Ostseeregion vergleichsweise sicher sei, aber auch durch die Auswirkungen anderer Konflikte bedroht werden könnte. In diesem Zusammenhang verwies er auf das Beispiel Russland; zum einem im Konflikt mit Georgien im Jahr 2008 und zum anderen hinsichtlich der mangelnden Transparenz russischer Regierungspolitik, speziell des Ministerpräsidenten Medvedev, wie im Falle der Unterbindung von Gaslieferungen beim Streit mit der Ukraine. Im Weiteren zitiert er den ehemaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und leitet davon eine Klassifizierung möglicher Bedrohungen ab. Seiner Ansicht nach führe insbesondere die derzeitige Weltwirtschaftskrise zu einer wachsenden sozialen Instabilität und wirke als Katalysator für das Wiedererstarken der Organisierten Kriminalität mit all ihren Facetten.

Weiterhin seien Bedrohungen einer sicheren Energieversorgung allgegenwärtig und Natur und Umwelt seien künftig auf einen verstärkten Schutz angewiesen. Eine neue, bisher kaum wahrgenommene Bedrohung stelle künftige Generationen vor eine besonders große Herausforderung: der demografische Wandel. Zu den weltweiten Bedrohungen zähle er den Terrorismus, konfliktauslösende politische Spannungen sowie Pandemien wie beispielsweise die Schweinegrippe. Ein großes gesellschaftliches Risiko stelle seiner Meinung nach auch der Legitimitätsverlust von nationalen Regierungen dar, der durch die zunehmende Vernetzung von Staaten durch gemeinsame Institutionen drohe. Das sich verändernde Muster der Globalisierung müsse reguliert werden, denn andernfalls könne man nicht vorhersagen, wie sich dieser Prozess auswirken werde. Ein stabiles transatlantisches Bündnis werde auch weiterhin das Rückgrat einer sicheren Ostseeregion sein und müsse gestärkt werden. Er forderte die baltischen Staaten auf, eine Sicherheitsagenda zu beschließen, die eine verstärkte Kooperation unter den Staaten stützt und das gemeinsame Handeln verbessert, um den zukünftigen Bedrohungen begegnen zu können.

Im Rahmen der Diskussion führte Landtagsvizepräsidentin **Renate Holznagel** aus, dass kriminelle Aktivitäten die Schattenseite der grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte und Mobilität darstellten. Auch durch die Entführung des Frachters „Arctic Star“ habe die organisierte Kriminalität im Ostseeraum eine neue Dimension erhalten. Diesbezüglich forderte sie die Einrichtung eines die gesamte Ostsee abdeckenden Seeraumüberwachungssystems (SUCBAS), nicht nur um die maritime Sicherheit in Bezug auf Umweltgefahren und Unfälle, sondern auch auf die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten zu verbessern. Sie verwies weiterhin auf die Beschlüsse des Parlamentsforums Südliche Ostsee im Hinblick auf eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden sowie die konsequente Ausschöpfung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten in der Ostseeregion. **Vladimir Nikitin**, Abgeordneter der russischen Staatsduma, kritisierte die Misswirtschaft in vielen Staaten und den ungezügelten Raubbau an natürlichen Ressourcen. Diesem Problem müsse man weltweit gemeinsam begegnen, jedoch solle man nicht versuchen, Russland und Weißrussland westliche oder kapitalistische Politikmodelle aufzuzwingen.

**Anlage 1**  
**(nichtamtliche Übersetzung)****Entschließung der Konferenz**

verabschiedet von der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer\*<sup>1)</sup>, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten, die vom 31. August bis 1. September 2009 in Nyborg (Dänemark) zusammentrafen,

die Bereiche „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr“, „zivile Sicherheit“, „Klimawandel und Energieeffizienz“ sowie „Arbeitsmärkte und Soziales“ errternd,

- A. die Bedeutung einer parlamentarischen Dimension und der Beteiligung der Parlamente an den Strategien und Maßnahmen zur Entwicklung der Ostseeregion herausstellend und damit einen Beitrag zu einer breit angelegten Debatte sowie zu Transparenz, Legitimität und Unterstützung der Arbeit leistend;
- B. in Bekräftigung der für beide Seiten gewinnbringenden Kontakte und des Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Ostseerat und in Anerkennung der wichtigen Rolle des Ostseerates in Bezug auf die Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen der Ostseeregion;
- C. erneut ihre Unterstützung für den Ostsee-Aktionsplan der HELCOM als wichtiges Instrument für die Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustands der Ostsee bis 2021 bekundend und unter besonderem Hinweis darauf, dass die Regierungen ihrer Verpflichtung zur Umsetzung des Plans gemäß dem vereinbarten Zeitplan nachkommen müssen;
- D. die Erarbeitung und Entwicklung von Strategien und Programmen für die Ostseeregion als wichtige Instrumente für die Prioritätensetzung unterstützend und darüber hinaus die Notwendigkeit der Koordinierung der Strategien mit der Politik der Nördlichen Dimension im Auge behaltend;
- E. nachdrücklich darauf hinweisend, dass die derzeitige Wirtschaftskrise nicht als Vorwand für weniger ehrgeizige umweltpolitische Ziele, die Reduzierung von Umweltressourcen oder das Hinausschieben von Zeitplänen für Umweltprogramme und -projekte dienen darf;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

**im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region**

1. eine gemeinsame politische Agenda für die Ostseeregion festzulegen und zu verfolgen, z. B. durch Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses in Bezug auf Governance, Führung und Arbeitsteilung zwischen den führenden regionalen und subregionalen Akteuren in der Region und durch die Verbesserung der Koordination untereinander;
2. sich mithilfe energischer und nachhaltiger Maßnahmen für die Erreichung der umweltpolitischen Gesamtziele und die Ziele des HELCOM-Ostsee-Aktionsplans einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Verpflichtung, anlässlich der HELCOM-Ministerkonferenz im Mai 2010 in Moskau nationale Aktionspläne vorzulegen und sie mit der gebotenen Umsicht umzusetzen, eingehalten wird;
3. für eine enge Verzahnung der kommenden Strategien und Programme für die Ostseeregion mit dem HELCOM-Ostsee-Aktionsplan zu sorgen;
4. mithilfe konkreter Schritte dafür zu sorgen, dass die Strategien und Programme für die Ostseeregion, z. B. die neue so genannte „EU-Strategie für die Ostseeregion“, eng mit der Nördlichen Dimension verknüpft und koordiniert wird, um eine Zusammenarbeit zwischen Russland, Island, Norwegen und der EU auf gleicher Grundlage zu gewährleisten und die Interessen der Staaten der Ostseeregion, die nicht Mitglied der EU sind, in den Strategien zu berücksichtigen;
5. die Kapazitäten zur Entwicklung marktfähiger Projekte für die Umsetzung des HELCOM-Ostsee-Aktionsplans zu unterstützen; dies beinhaltet auch die finanzielle Unterstützung des Projektentwicklungsfonds der Nordischen Investitionsbank (NIB) und der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO);
6. dafür zu sorgen, dass die Bürger auf dem Laufenden gehalten und in die Planung und Umsetzung von Strategien und Projekten, die sich auf die Entwicklung der Ostseeregion auswirken, einbezogen werden; nichtstaatliche Organisationen spielen als Meinungsbildner und unabhängige Experten eine unschätzbare Rolle, und ihre Standpunkte, Warnungen und Ratschläge sollten ernst genommen werden;
7. die Ursachen und Folgen der derzeitigen Wirtschaftskrise mithilfe konzertierter und solidarischer Maßnahmen zu bewältigen; ein erfolgreicher regionaler Ansatz, der eine gegenseitige Unterstützung beinhaltet, würde darüber hinaus zu einem positiven Image der Ostseeregion und zur Glaubwürdigkeit und Zweckmäßigkeit der regionalen Zusammenarbeit beitragen;

**im Hinblick auf die Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr in der Region**

8. die aktive Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) in Bezug auf die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Reduzierung der Auswirkungen der Seeschiffahrt in der Ostsee auf die Umwelt zu fördern und anzuerkennen, dass die Vorschriften und Regeln der IMO die Grundlage für die maritime Entwicklung aller Regionen bilden und die Bestimmungen nach Maßgabe der aktuellen Problemlagen entwickelt werden sollten;

9. fortlaufende Initiativen, Unterstützungsmaßnahmen und konkrete Maßnahmen im Bereich der Sicherheit im Seeverkehr zu fördern, z. B. durch vermehrten Einsatz von Lotsen auf engen und schwierig zu befahrenden Schifffahrtswegen und stärkere gemeinsame Bereitschaft zur Bekämpfung der illegalen Einleitung von Öl und gefährlichen Stoffen;
10. konkrete Projekte zur Umsetzung der maritimen Raumordnung in der Ostseeregion zu unterstützen und zu fördern und sich dabei für die sektorübergreifende und internationale Koordination der Ressourcen einzusetzen und dadurch die Ostseeregion als Modellregion zu stützen;
11. den Fünf-Punkte-Aktionsplan „Clean Baltic Shipping“ („Saubere Seeschifffahrt auf der Ostsee“) der BSSSC zu unterstützen, dessen Ziel unter anderem die Reduzierung der Stickstoff- und Schwefelemissionen in den Häfen durch die Nutzung von Landstromversorgung, die Minimierung der Einleitung von Abwässern aus Schiffen, die Reduzierung der Umweltbelastungen durch die Kreuzschifffahrt, die Förderung eines nachhaltigen Hafenmanagements und die Schaffung von Anreizen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der grünen und sauberen Meerestechnologien ist;
12. die Kennzeichnung des Schwarzen Meeres, des Mittelmeers, des Nordostatlantiks und der Irischen See als Schwefelemissionsüberwachungsgebiete (SECA - *Sulphur Emission Control Areas*) - wie bereits im Falle des Ärmelkanals, der Nordsee und der Ostsee geschehen - zu unterstützen, sofern die Kriterien für diese Kennzeichnung erfüllt sind;
13. die Fortschritte im Hinblick auf die Sicherheit im Seeverkehr und die Überwachung des Schiffsverkehrs zu konsolidieren und weiterzuentwickeln, um zum einen die Überwachung und Lenkung des zunehmenden Seeverkehrs - vor allem im Zusammenhang mit Gefahrguttransporten und schwierigen Witterungsbedingungen im Winter - und zum anderen die Überwachung der Ostsee zum Schutz der Umwelt und Fischerei sowie zur Verbrechensbekämpfung zu verbessern;
14. sich dem ostseeweiten Seeraumüberwachungssystem (SUCBAS - *Sea Surveillance Baltic Sea*) Seeraumüberwachung in der Ostsee) anzuschließen und dieses zu unterstützen, um das Situationsbewusstsein hinsichtlich des Zustands des Meeres in der gesamten Ostsee und die Ansätze zur Unterstützung der Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr, des Schutzes der Umwelt und der Bekämpfung illegaler Aktivitäten im Meeresbereich zu verbessern;
15. einen Beitrag zu den Maßnahmen der Arbeitsgruppe für die Harmonisierung der Ostseeregion in Bezug auf Schiffsverkehrsdienste (VTS - *Vessel Traffic Service*) und Schiffsmeldesysteme (SRS - *Ship Reporting Systems*) zu leisten; die Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, um die Schiffsverkehrsdienste und Schiffsmeldesysteme zu harmonisieren und zu integrieren und dafür zu sorgen, dass alle Systeme die sichere Navigation von Schiffen auf optimierte und einheitliche Weise unterstützen;

16. sich den Initiativen des Überwachungsprojekts für Einhüllentanker und nicht zugelassene Schiffe, die gemeinsam von der HELCOM und der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA - *European Maritime Safety Agency*) zur weiteren Verbesserung der Sicherheit im Seeverkehr und Unterstützung der Hafenstaatenkontrollbehörden zwecks Verhinderung des Betriebs von nicht dem Standard entsprechenden Schiffen in der Ostsee entwickelt wurden, anzuschließen und diese zu unterstützen sowie für einen sicheren und umweltfreundlichen Seeverkehrsbetrieb zu sorgen;

#### **im Hinblick auf die zivile Sicherheit in der Region**

17. die Zusammenarbeit und Koordination in Bezug auf die zivile Sicherheit allgemein zu verbessern, um ein gemeinsames und umfassendes Verständnis hinsichtlich der Risiken und Bedrohungen für die Ostseeregion sowie Strategien und Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu fördern;
18. die strategische und operative Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und weiteren wichtigen Akteuren zu verstärken, um die gemeinsamen Kapazitäten im Hinblick auf die Feststellung, Überwachung und wirksame Bekämpfung der organisierten grenzüberschreitenden Kriminalität, z. B. des Menschen-, Drogen- und illegalen Handels, der Korruption, Geldwäsche, illegalen Einwanderung, illegalen Arbeit, rassistisch motivierten Straftaten usw., zu stärken;
19. die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels zu intensivieren und dabei den Schwerpunkt unter anderem auf Präventivmaßnahmen, Schutz und Hilfe - beispielsweise in Form von Zufluchtsmöglichkeiten - für Opfer und gefährdete Personen sowie auf Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der eigentlichen Ursachen des Menschenhandels zu legen;
20. die Daten und Datenerfassung über das Ausmaß der durch den Menschenhandel verursachten Probleme zu verbessern und zu koordinieren, um eine realistische Grundlage für die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems zu schaffen;
21. im Einklang mit den entsprechenden Protokollen und Übereinkommen der Vereinten Nationen und des Europarates, denen sie beigetreten sind, geeignete Gesetze zur Bekämpfung des Menschenhandels, die sich gegen alle Formen der Ausbeutung wenden und Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer beinhalten, zu verabschieden, umzusetzen und zu koordinieren;
22. die Zusammenarbeit beim Krisenmanagement und Schutz der Bevölkerung vor natürlichen, technologischen und vom Menschen verursachten Risiken und Notsituationen zu verstärken, z. B. durch die Koordinierung der Planung, Prävention und Ressourcen sowie die Bündelung der vorhandenen Vereinbarungen in einem umfassenden, für die gesamte Region geltenden Rahmen;
23. mithilfe konzertierter Maßnahmen die IT-Sicherheit zu verstärken und dabei die Internetkriminalität zu analysieren, aufzudecken und zu steuern sowie Abwehr- und Schutzmaßnahmen in Bezug auf die Störung kritischer Infrastruktursysteme zu treffen;

**im Hinblick auf den Klimawandel und Energiefragen in der Region**

24. sich aktiv für eine neue internationale Klimavereinbarung einzusetzen, die sich mit allen relevanten Risikofaktoren des Klimawandels je nach ihren Auswirkungen befasst;
25. eine kohärente Energiestrategie für die Ostseeregion zu entwickeln, um die Sicherheit der Energieversorgung zu erhöhen, erneuerbare Energien verstärkt zu nutzen und die Länder besser miteinander zu verknüpfen, z. B. mithilfe von Verbundleitungen, die schrittweise zu einem intelligenten Stromnetz zwischen den Ländern und den Offshore-Windparks ausgebaut werden;
26. Aktionspläne für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sowie für die Gebäudesanierung und den innovativen Wohnungsbau auf den Weg zu bringen, um die Energieeffizienz zu erhöhen und Energie einzusparen;
27. die derzeitige Wirtschaftskrise als Chance zur Förderung des qualitativen Wachstums in der Ostseeregion zu nutzen, z. B. durch die gezielte Bereitstellung von Finanzpaketen, Investitionsplänen und Subventionen sowie internationalen Finanzressourcen für die Erzeugung erneuerbarer Energien, Energieeffizienz-Investitionen, KWK, effiziente Fernwärmesysteme und die Verknüpfung des Stromnetzes;
28. ein gemeinsames regionales Ausbildungsprogramm zur Stärkung der gemeinsamen Kapazitäten bei der Energieplanung zu schaffen, z. B. durch Ausbau des Erfahrungsaustauschs und Förderung bestmöglicher Verfahren unter den Behördenvertretern auf kommunaler und nationaler Ebene;

**im Hinblick auf Arbeitsmärkte und Soziales**

29. gemäß den politischen Empfehlungen des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe für Arbeitsmärkte und Sozialleistungen der Ostseeparlamentarierkonferenz mithilfe systematischer und koordinierter Maßnahmen die Hindernisse festzustellen, die der Entwicklung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte und der Mobilität entgegenstehen, und diese Hindernisse mithilfe praktischer Maßnahmen abzubauen bzw. zu vermeiden;
30. Arbeitsmarkt- und Sozialfragen als vorrangige Aufgabe in der Agenda des Ostseerates zu verankern und dabei die Arbeit und Ergebnisse des Baltic Sea Labour Network (BSLN) zu berücksichtigen;
31. die vorhandenen Informationszentren in der Ostseeregion zu stärken und neue Zentren an Standorten zu gründen, an denen die Zahl der Grenzpendler zunimmt, aber solche Zentren bislang fehlen; die Informationszentren sollten über die Kapazitäten, die für die Bereitstellung umfassender und offizieller Informationen über soziale Sicherheit und arbeits- und steuerrechtliche Fragen in allen diesseits und jenseits der Grenze gesprochenen Sprachen, gegebenenfalls auch in Minderheitensprachen, erforderlich sind, sowie über ein entsprechendes Mandat verfügen;

32. den regelmäßigen Dialog zwischen Verbänden, die sich für grenzüberschreitende Arbeitnehmer einsetzen, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politikern zu fördern und die Zusammenarbeit in Bezug auf grenzüberschreitende Arbeitsmärkte durch die Einrichtung von Beratungsgremien für Grenzregionen und die Entwicklung von Netzwerken zu verstärken; darüber hinaus sollte ein Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Informationszentren in der gesamten Ostseeregion organisiert werden;
33. die Verkehrs- und Logistikkapazitäten in Grenzregionen - vor allem im Hinblick auf den öffentlichen Nahverkehr - zu erhöhen, um grenzüberschreitendes Pendeln und wirtschaftliches Wachstum zu fördern; die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen sollten mit den übergeordneten Zielen der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Transport und Logistik vereinbar sein;
34. konzertierte Maßnahmen im Hinblick auf den Austausch und die Umsetzung bewährter Verfahren für die Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen in der Ostseeregion einzuleiten, darunter Kooperationsprogramme zwischen Schulen, Sozialpartnern, Behörden und der Zivilgesellschaft, und dabei besonderes Augenmerk auf benachteiligte Gruppen zu richten;
35. damit zu beginnen, Schülerinnen und Schülern zwei Jahre vor ihrem Abschluss an einer weiterführenden Schule einen Einblick in die Arbeitswelt zu verschaffen, Vereinbarungen zwischen Regierungen und den Sozialpartnern anzuregen, um für die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen zu sorgen, und zu gewährleisten, dass die Arbeitsvermittlungsbehörden bei Jugendarbeitslosigkeit Integrationspläne sowie spätestens nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit Weiterbildungsmaßnahmen, die Möglichkeit des Erwerbs von Zusatzqualifikationen oder Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze anbieten;

#### **Darüber hinaus**

36. bekräftigt die Konferenz ihre Unterstützung des Ostseerates im Hinblick auf seine Wandlung zu einer strafferen und zielgerichteteren Organisation und die Umsetzung der politischen und operativen Prioritäten des Ostseerates und sieht daher der weiteren Zusammenarbeit mit dem Ostseerat mit großem Interesse entgegen;
37. stimmt die Konferenz zu, dass - in Bezug auf den Zeitraum 2009 bis 2010 - der Erweiterte Ständige Ausschuss zweimal jährlich und der Ständige Ausschuss zweimal jährlich zusammentreten sollten, wobei der Ständige Ausschuss Beobachtern aus nationalen und regionalen Parlamenten, die nicht im Ständigen Ausschuss vertreten sind, offen steht;
38. fordert die Konferenz den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe für die integrierte Meerespolitik, die sich vor allem mit den Themen Infrastruktur und Logistik befasst, und eine Arbeitsgruppe für die zivile Sicherheit, die sich vor allem mit dem Menschenhandel befasst, einzurichten und der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz entsprechende Berichte vorzulegen;

39. verabschiedet die Konferenz die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;
40. nimmt die Konferenz mit Dank die freundliche Einladung der Åland-Inseln zur Ausrichtung der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn zur Kenntnis.

\*) Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung und des Nordischen Rates.



## **Conference Resolution**

Adopted by the 18<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants\*, elected representatives from the Baltic Sea States, assembling in Nyborg, Denmark, 31 August - 1 September 2009,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Maritime Safety and Security, Civil Security, Climate Change and Energy Efficiency, and Labour Market and Social Affairs,

- A. emphasizing the significance of a parliamentary dimension and parliamentary involvement in the strategies and efforts to develop the Baltic Sea Region, thereby contributing to a broad debate, transparency, legitimacy and support of the work;
- B. reaffirming the mutually beneficial contacts and exchange between BSPC and CBSS, and recognizing the important role of the CBSS in initiating and coordinating actions against the challenges of the Baltic Sea Region;
- C. reiterating their support to the HELCOM Baltic Sea Action Plan (BSAP) as a central tool for restoring a good environmental status of the Baltic Sea by 2021, and underlining that governments must fulfil their pledges to implement the plan according to its agreed timetable;
- D. supporting the design and development of strategies and programs for the Baltic Sea Region as important instruments for setting priorities, while also maintaining the necessity to coordinate the strategies with the Northern Dimension policy;
- E. stressing that the present economic downturn must not be taken as an excuse for lowering environmental goals, cutting environmental resources or delaying timetables for environmental plans and projects;

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

### **Regarding Co-operation in the Region, to**

- 1. define and pursue a common political agenda for the Baltic Sea Region, e.g. by devising a joint understanding of governance, leadership and division of labour among the leading regional and sub-regional actors in the Region, and by enhancing coordination between them;
- 2. proceed with strong and sustained measures to fulfill the overall environmental goals and objectives of the HELCOM BSAP, and to assure that the obligations to produce national action plans to the HELCOM Ministerial meeting in Moscow in May 2010, as well as to implement them prudently, are honored;

3. ensure a close linkage between the forthcoming strategies and programs for the Baltic Sea Region and the HELCOM BSAP;
4. take concrete steps to ensure that strategies and programs for the Baltic Sea Region, such as the emerging so-called EU Strategy for the Baltic Sea Region, are closely attuned to and coordinated with the Northern Dimension, in order to secure a mutual cooperation on an equal basis between Russia, Iceland, Norway and EU, and to incorporate the interests of the non-EU Baltic Sea Regions states in the strategies;
5. Support the abilities to develop bankable projects for the implementation of the HELCOM Baltic Sea Action Plan, involving the financial support to the project development fund managed by Nordic Investment Bank (NIB) and Nordic Environment Finance Corporation (NEFCO);
6. ensure that citizens are kept informed and involved in the planning and implementation of strategies and projects that influence the development of the Baltic Sea Region; NGO's play an invaluable role both as opinion-makers and independent experts, and their views, warnings and advice should be taken seriously;
7. take concerted and solidaric measures to deal with the causes and consequences of the current economic recession; a mutually supportive and successful regional approach would also contribute to the positive branding of the Baltic Sea Region and to the credibility and usefulness of regional cooperation;

#### **Regarding Maritime Safety and Security in the Region, to**

8. encourage active cooperation within the International Maritime Organization(IMO) on the development of relevant measures to reduce the environmental impacts of shipping in the Baltic Sea, recognizing that IMO rules and regulations are the basis for maritime development of any region, and that the regulations should be developed according to current challenges;
9. promote continuous initiatives, support and concrete measures within the field of Maritime Safety, such as increasing the use of pilots in narrow and difficult international shipping lanes, and enhancing the joint preparedness to tackle spills of oil and hazardous substances;
10. promote and support concrete projects to implement maritime spatial planning in the Baltic Sea Region, encouraging cross-sectoral and transnational coordination of resources, and thereby holding up the Baltic Sea Region as a model region;
11. support the BSSSC Five Point Action Plan "Clean Baltic Shipping", aimed at, i.a., reducing nitrogen and sulphur oxides emissions in ports by using shore-to-ship power supply, minimizing sewage discharge from ships, reducing the environmental load from cruise shipping, encouraging sustainable port management, and stimulating research and development of green and clean maritime technologies;

12. support the designation of the Black Sea, the Mediterranean Sea, the North-East Atlantic and the Irish Sea as Sulphur Emission Control Areas (SECA), as is already the case with the Channel, the North Sea and the Baltic Sea, provided the criteria for such a designation are fulfilled;
13. consolidate and further develop the progress made within the fields of maritime safety and ship traffic monitoring, on the one hand with a view to improving monitoring and separation of the growing maritime traffic, especially in connection with hazardous cargo and severe winter conditions, and on the other hand with a view to monitoring the Baltic Sea for the purpose of environmental protection, fishing and combating crime;
14. join and support the Surveillance Cooperation Baltic Sea (SUCBAS) with the purpose of improving maritime situational awareness across the entire Baltic Sea and approaches in support of maritime safety, maritime security, protection of the environment and countering illegal activities in the maritime environment;
15. contribute to the efforts of the Baltic Sea Region Harmonisation Working Group on Vessel Traffic Services (VTS) and Ship Reporting Systems (SRS) established to harmonise and integrate VTS and SRS operation to ensure that all systems assist safe navigation of ships in an optimised and uniform manner;
16. join and support the initiatives under the Single Hull Tanker and Banned Vessel monitoring project, developed jointly by HELCOM and the European Maritime Safety Agency, for the purpose of further improving maritime safety and supporting the Port State Control authorities with the aim to eliminate the operation of sub-standard ships in the Baltic, and ensure that the maritime transport operates in a safe, secure and environmentally friendly way;

#### **Regarding Civil Security in the Region, to**

17. enhance cooperation and coordination on civil security issues in general, in order to foster a joint and comprehensive understanding of the risks and threats facing the Baltic Sea Region, as well as strategies and measures to counter them;
18. step up strategic and operational cooperation between law enforcement authorities and other relevant actors in order to strengthen the joint capacity to identify, monitor and take forceful action against organized cross-border crime, such as trafficking in human beings, drug trafficking, illicit trade, corruption, money laundering, illegal migration, illegal labour, hate crimes, and others;
19. intensify cooperation against trafficking in human beings, placing emphasis on, i.a., preventive measures, protection and support - by means of e.g. safehouses - for victims and people at risk, as well as strategies and measures against the root causes of trafficking;
20. improve and coordinate data collection concerning the scale of the problems of trafficking in human beings in order to provide a realistic basis for the development of adequate measures to fight the problem;

21. carry out the adoption, implementation and coordination of proper legislation - in accordance with relevant UN and Council of Europe protocols and conventions of which they are parties – against trafficking in human beings, which targets all forms of exploitation and includes measures to assist victims;
22. strengthen cooperation on crisis management and civil protection against natural, technological and man-made risks and emergencies, e.g. by coordinating planning, prevention and resources, and by streamlining existing arrangements within a comprehensive region-wide framework;
23. take concerted action to reinforce IT security by analyzing, detecting and managing cyber crimes, and by launching defensive and protective measures against the disruption of critical infrastructure systems;

#### **Regarding Climate Change and Energy Issues in the Region, to**

24. actively work for a new international climate agreement, addressing all relevant climate change risk factors in accordance with their impact;
25. develop a coherent energy strategy for the Baltic Sea Region, in order to enhance security of energy supply, increase the use of renewable energy, and strengthen interconnection between countries, for instance by interconnected transmission lines that will gradually develop into a smart grid between the countries and the off-shore windmill parks;
26. launch action plans for the propagation of Combined Heat and Power (CHP) and for building renovation and housing innovation, for the purpose of improving energy efficiency and energy-saving;
27. use the present economic crisis as an opportunity to promote qualitative growth in the Baltic Sea Region, for instance by directing financial packages, investment plans and subsidies, as well as international financial resources, towards renewable energy production, energy efficiency investments, CHP, efficient district heating systems and interconnecting the electricity grid;
28. establish a common regional training programme to strengthen the joint capacities in energy planning, for instance by developing the exchange of experiences and promoting best practices among officials at local and national level;

#### **Regarding Labour Market and Social Affairs, to**

29. make systematic and coordinated efforts to identify barriers to the development of cross-border labour markets and mobility, in accordance with the political recommendations in the final report of the BSPC Working Group on Labour Market and Social Welfare, and to carry out practical measures to dismantle and prevent such barriers;
30. make labour market and social welfare issues a priority task on the agenda of the CBSS, taking into account the work and results of the Baltic Sea Labour Network (BSLN);

31. strengthen the existing information centres in the Baltic Sea Region and to establish new centres in locations where the number of cross-border commuting is growing but where centres do not exist; the information centres should have the capacity and mandate to provide comprehensive and official information on social security, employment legislation and tax legislation in all the languages spoken on both sides of the border, including, where applicable, minority languages;
32. foster regular dialogue between associations representing cross-border workers, trade unions, employers and political decision-makers, and strengthen cooperation regarding cross-border labour markets via the establishment of councils for border regions and the development of networks; likewise, an exchange of experience should be organised regarding the work of the information centres throughout the Baltic Sea Region;
33. enhance transport and logistic capacities in border regions, especially as regards public transport, in order to facilitate cross-border commuting and to promote economic growth; efforts undertaken should be compatible with the overall objectives of the Northern Dimension Partnership on Transport and Logistics;
34. take concerted action to exchange and implement best practices regarding training and employment of young people in the Baltic Sea Region, including cooperative activities between schools, social partners, public authorities and civil society, and paying special attention to disadvantaged groups;
35. begin giving pupils an introduction to the world of work two years before they leave secondary school, propose agreements between governments and the social partners to ensure sufficient training places are created, and ensure that, in the case of youth unemployment, the employment agencies offer integration plans and, after three months of unemployment at the latest, further training, the opportunity to gain additional qualifications, training places or jobs;

#### **Furthermore the Conference**

36. confirms its support to the CBSS in its transformation towards a more focussed and target-oriented organization, and in realizing the political and operational priorities of the CBSS, hence looks forward to ongoing cooperation with CBSS;
37. agrees – concerning the year 2009-2010 - that the Enlarged Standing Committee should convene twice a year and the Standing Committee convene twice a year with the Standing Committee open for observers from national and regional parliaments that are not represented in the Standing Committee;
38. asks the Standing Committee to establish a Working Group on Integrated Maritime Policy, especially infrastructure and logistics, and a Working Group on Civil Security, especially trafficking in human beings, to submit reports to the 20<sup>th</sup> BSPC;

39. adopts the amended Rules of Procedure, to take effect after the closure of 18<sup>th</sup> BSPC;
40. welcomes with gratitude the kind offer of the Åland Islands to host the 19<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference in Mariehamn on 29 - 31 August 2010.

\* Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Estonia, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, Nordic Council.

**Anlage 2**  
**(nichtamtliche Übersetzung)****Ostseeparlamentarierkonferenz**  
**(B S P C)****Geschäftsordnung**  
**für die Parlamentarierkonferenz,**  
**den Ständigen Ausschuss und den Erweiterten Ständigen Ausschuss**

(verabschiedet von der 8. Parlamentarierkonferenz am 8. September 1999 in Mariehamn,  
geändert auf der 11. Konferenz am 1. Oktober 2002 in St. Petersburg,  
geändert auf der 14. Parlamentarierkonferenz am 30. August 2005 in Vilnius,  
in Kraft getreten nach Beendigung der 14. Konferenz,  
geändert auf der 16. Parlamentarierkonferenz am 28. August 2007 in Berlin,  
in Kraft getreten nach Beendigung der 16. Konferenz  
geändert auf der 18. Parlamentarierkonferenz am 1. September 2009 in Nyborg,  
in Kraft getreten nach Beendigung der 18. Konferenz)

**Präambel****Ziele der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)**

Die Ziele der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) sind:

1. die Initiierung und Begleitung politischer Maßnahmen in der Region,
2. die Unterstützung und Stärkung demokratischer Institutionen in den Teilnehmerstaaten,
3. die Verbesserung des Dialogs zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaft,
4. die Stärkung der gemeinsamen Identität der Ostseeregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten auf gleichberechtigter Grundlage,
5. die Initiierung und Begleitung politischer Maßnahmen in der Ostseeregion, wodurch diese Maßnahmen zusätzliche demokratische Legitimation und parlamentarische Autorität erhalten.

## **Teil 1**

### **Teilnehmer/Mitglieder**

1. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) setzt sich aus Mitgliedern der nationalen und regionalen Parlamente der 11 Ostseeanrainerstaaten, die dem Ostseerat angehören, sowie aus der Baltischen Versammlung, dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem Nordischen Rat zusammen. Parlamentarische Delegationen bestehen je nach der Größe eines Landes bzw. autonomen Gebiets aus je 2 bis 5 Personen.  
Die Größe einer Delegation und die Zahl zusätzlicher Teilnehmer werden in Absprache mit dem Parlament des jeweiligen Gastlandes durch den Ständigen Ausschuss festgelegt.
2. Organisationen, die gemäß den als Anhang beigefügten Listen den Status eines Ständigen Teilnehmers oder eines Beobachters genießen, sind einzuladen.

### **Die jährlich stattfindende Parlamentarierkonferenz**

3. Die BSPC veranstaltet einmal jährlich eine Konferenz.
4. Die Tagungsorte wechseln nach dem Rotationsprinzip; sowohl nationale als auch regionale Parlamente können sich um die Ausrichtung der Konferenz bewerben.
5. Die Einladung zur Konferenz wird vom Parlament des jeweiligen Gastlandes ausgesprochen. Die praktische Organisation der Konferenz vor Ort, die Bereitstellung der notwendigen Dokumente, die Presseberichterstattung sowie die Veröffentlichung eines Konferenzberichts obliegen dem jeweiligen gastgebenden Parlament.
6. Alle im Zusammenhang mit der praktischen Durchführung der Konferenz entstehenden Kosten trägt das gastgebende Parlament. Die Kosten für die Teilnahme an der Konferenz, (Reisekosten, Kosten für die Unterbringung und sonstige unmittelbar teilnahmebezogene Kosten) tragen die Teilnehmer selbst.
7. Das Tagungsprogramm und die Tagesordnung der Konferenz legt der Ständige Ausschuss in Absprache mit dem gastgebenden Parlament fest.
8. Das gastgebende Parlament führt den Vorsitz auf der Konferenz. Die Debatten während der Konferenz können auf Ersuchen des Vorsitzenden der Konferenz von Mitgliedern des Ständigen Ausschusses geleitet werden.
9. Die Arbeitssprache der Konferenz ist Englisch. Das gastgebende Parlament sorgt für eine Simultanverdolmetschung ins Russische, Skandinavische, Deutsche und, falls möglich, auch in andere Sprachen.
10. Nach Berichten und einleitenden Erklärungen findet eine Generaldebatte statt. Während dieser Aussprache genießen die parlamentarischen Vertreter Vorrang.

11. Beschlüsse im Plenum erfolgen durch Konsens zwischen den parlamentarischen Delegationen in einer endgültigen Abstimmung. Enthaltungen stehen dem Konsens nicht im Wege.
12. Der Entwurf der Konferenzresolution wird durch den Erweiterten Ständigen Ausschuss, der während der Konferenz als Redaktionsausschuss auf der Grundlage gesonderter Vorschriften (Anhang 4) fungiert, vorgelegt. Zur Unterstützung der Debatte und Erleichterung einer Einigung während des Vorbereitungsverfahrens der Schlussresolution entscheidet der Erweiterte Ständige Ausschuss mit einfacher Mehrheit. Abweichende Meinungen können während der Plenarsitzung dargelegt werden.
13. Das Ergebnis der Beratungen wird in einer von der Konferenz verabschiedeten Resolution dokumentiert. Die Konferenz richtet die in der Konferenzresolution enthaltenen Vorschläge und Empfehlungen an den Ostseerat, an Regierungen und Parlamente auf nationaler und regionaler Ebene sowie gegebenenfalls an supranationale Gremien und internationale Organisationen.
14. In der Konferenzresolution legt die Konferenz auf Einladung eines der teilnehmenden Parlamente ein Gastparlament sowie das Datum der nächsten Konferenz fest.

## **Teil 2**

### **Ständiger Ausschuss und Erweiterter Ständiger Ausschuss**

#### **1. Zusammensetzung**

##### **1.1 Ständiger Ausschuss**

Durch die Baltische Versammlung vertretene Parlamentarier aus den baltischen Ländern und durch den Nordischen Rat vertretene Parlamentarier aus den nordischen Ländern sowie Parlamentarier aus Polen, Deutschland und Russland bilden den Ständigen Ausschuss als das ständige politische Organ der Konferenz.

Die einzelnen Länder bzw. Ländergruppen werden jeweils durch ein Mitglied oder zwei Mitglieder im Ständigen Ausschuss vertreten. Deutschland, die durch den Nordischen Rat vertretenen nordischen Länder und Russland haben je zwei Mitglieder, während die durch die Baltische Versammlung vertretenen baltischen Länder, das Europäische Parlament und Polen jeweils mit einem Mitglied im Ständigen Ausschuss vertreten sind. Die jeweiligen Ländergruppen, Länder und Organisationen ernennen ihre Vertreter nach eigenen Regelungen.

##### **1.2 Erweiterter Ständiger Ausschuss**

Der Erweiterte Ständige Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses und je einem Vertreter der anderen teilnehmenden Parlamente zusammen.

Das Gastparlament der nächsten Jahreskonferenz ist ebenfalls im Ständigen Ausschuss vertreten.

## **2. Aufgaben**

### **2.1 Der Ständige Ausschuss**

ist verantwortlich für

- die Organisation der jährlich stattfindenden Konferenz in Zusammenarbeit mit dem gastgebenden Parlament,
- die Verfolgung der Umsetzung der auf den vorhergehenden Konferenzen verabschiedeten Schlussresolutionen,
- die Ausarbeitung eines jährlichen Arbeitsprogramms für die Ostseeparlamentarierkonferenz,
- die Sicherstellung einer effektiven Arbeitsweise der Ostseeparlamentarierkonferenz zwischen den Konferenzen,
- die Vorlage eines jährlichen Berichts über die Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz und das jährliche Arbeitsprogramm.

Er kann sich mit jeder Frage befassen, die für die Ostseeregion von besonderem Interesse und von besonderer Bedeutung ist und kann dazu, soweit erforderlich, seine Meinung äußern. Entsprechende Stellungnahmen des Ständigen Ausschusses sind der Konferenz vorzutragen.

### **2.2 Der Erweiterte Ständige Ausschuss**

Der Ständige Ausschuss tritt mindestens zweimal jährlich in einer erweiterten Zusammensetzung (Erweiterter Ständiger Ausschuss) zusammen.

Der Erweiterte Ständige Ausschuss ist ein beratendes Gremium,

- welches - in seiner Funktion als Redaktionsausschuss - die endgültige Schlussresolution während der Konferenz erarbeitet,
- sich zwischen Dezember und Februar eines jeden Jahres mit dem Vorsitz des Ostseerats trifft. Dabei wird dem Erweiterten Ständigen Ausschuss vom Vorsitz des Ostseerats ein Bericht über die Umsetzung der Resolutionen und andere aktuelle Fragen in der Region vorgelegt. Der Erweiterte Ständige Ausschuss befasst sich auch mit den Vorbereitungen für die bevorstehende Konferenz.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses fungiert als Vorsitzender des Erweiterten Ständigen Ausschusses.

3. Der Ständige Ausschuss wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden jeweils für einen Zeitraum, der mit Beendigung der Jahreskonferenz beginnt und mit Beendigung der Jahreskonferenz im folgenden Jahr endet.
4. Die Arbeitssprache des Ständigen Ausschusses ist Englisch.

5. Der Ständige Ausschuss wird durch das Sekretariat unterstützt.
6. Bei Bedarf wird der Ständige Ausschuss mit der Ernennung von Berichterstattern und der Einrichtung von Ad-hoc-Arbeitsgruppen betraut, die aus eigenen Mitgliedern sowie externen Experten und Vertretern des Sekretariats bestehen.
7. Sitzungen des Ständigen Ausschusses werden von dessen Vorsitzenden einberufen.
8. Beschlüsse im Ständigen Ausschuss werden im Konsens gefasst.
9. **Das Sekretariat:**

Die Gremien und Aktivitäten der BSPC werden durch ein gemeinsames Sekretariat unterstützt und koordiniert. Die Betriebskosten des Sekretariats werden gemeinsam von allen nationalen und regionalen Parlamenten der BSPC nach den im Anhang 3 festgelegten Prinzipien und dem Kostenschlüssel finanziert.

**ANHANG 1****Eingeladene Parlamente und parlamentarische Organisationen**

|                                                                                              |               |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| Baltische Versammlung                                                                        | 4-5 Vertreter |
| Bundesversammlung der Russischen Föderation                                                  | 4-5 Vertreter |
| Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg                                               | 4-5 Vertreter |
| Bürgerschaft der Hansestadt Bremen                                                           | 4-5 Vertreter |
| Deutscher Bundestag                                                                          | 4-5 Vertreter |
| Europäisches Parlament                                                                       | 4-5 Vertreter |
| Landtag Mecklenburg-Vorpommern                                                               | 4-5 Vertreter |
| Landtag Schleswig-Holstein                                                                   | 4-5 Vertreter |
| Nordischer Rat                                                                               | 4-5 Vertreter |
| Parlament von Åland                                                                          | 2-3 Vertreter |
| Parlament von Dänemark                                                                       | 4-5 Vertreter |
| Parlament von Estland                                                                        | 4-5 Vertreter |
| Parlament der Faröer-Inseln                                                                  | 2-3 Vertreter |
| Parlament von Finnland                                                                       | 4-5 Vertreter |
| Parlament von Grönland                                                                       | 2-3 Vertreter |
| Parlament von Island                                                                         | 4-5 Vertreter |
| Parlament der Region Kaliningrad                                                             | 4-5 Vertreter |
| Parlament der Republik Karelien                                                              | 4-5 Vertreter |
| Parlament der Region Leningrad                                                               | 4-5 Vertreter |
| Parlament von Lettland                                                                       | 4-5 Vertreter |
| Parlament von Litauen                                                                        | 4-5 Vertreter |
| Parlament von Norwegen                                                                       | 4-5 Vertreter |
| Parlament der Stadt St. Petersburg                                                           | 4-5 Vertreter |
| Parlament von Polen                                                                          | 4-5 Vertreter |
| Parlament von Schweden                                                                       | 4-5 Vertreter |
| Parlamentarische Versammlung der Organisation für<br>Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa | 4-5 Vertreter |
| Parlamentarische Versammlung des Europarats                                                  | 4-5 Vertreter |

**ANHANG 2****Eingeladene Beobachter**

1. Adriatisch-Ionische Initiative (AII)
2. Baltic 21
3. Baltischer Ministerrat
4. Baltisches Entwicklungsforum
5. BASTUN (Ostseegewerkschaftsnetz)
6. CIFE (Internationales Zentrum für Europäische Studien)
7. COSAC (Konferenz der Europaausschüsse)
8. Europäische Kommission
9. FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen)
10. GUS-IPV Gemeinschaft Unabhängiger Staaten - Interparlamentarische Versammlung
11. Helsinki-Kommission (HELCOM)
12. IPU – Interparlamentarische Union
13. Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC)
14. NEKON (Northern European Knowledge Network of Excellence)
15. NGO-Forum
16. Nordischer Ministerrat
17. Nordische Investitionsbank (NIB)
18. Nordische Umweltfinanzierungs-Gesellschaft (NEFCO)
19. Ostseeforum
20. Ostsee-Jugendforum
21. Ostseekommission/KPKR - BSC
22. Ostseerat (CBSS)
23. Ostsee-Universitätsnetz
24. PABSEC (Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation)
25. Parlamentarischer Verband von Nordwest-Russland
26. Ständiger Ausschuss der Parlamentarier der Arktischen Region
27. State Legislative Leaders Foundation
28. Union of the Baltic Cities (UBC)
29. Universitätsnetz der Ostseeregion
30. Verband der baltischen Handelskammern
31. WoMen and Democracy - die Frauenkonferenz der Ostseeregion

**ANHANG 3****Gemeinsame Finanzierung des BSPC-Sekretariats**

1. Die nationalen und regionalen Mitgliedsparlamente der BSPC haben sich schriftlich im Verlaufe der letzten Jahreshälfte 2005 über eine gemeinsame Finanzierung der Betriebskosten des BSPC-Sekretariats verständigt.
2. Ausgehend von den geschätzten jährlichen Betriebskosten des Sekretariats im Jahre 2006 - 112.000 Euro - wurde ein Kostenschlüssel erarbeitet, welcher auf der vom CBSS verwendeten Formel basiert, jedoch dahingehend geändert wurde, dass auch regionale Parlamente miteinbezogen werden. Der jeweilige Kostenanteil der BSPC-Mitglieder ist im nachstehenden Absatz 6 aufgeführt.
3. Die gemeinsamen finanziellen Ressourcen des BSPC-Sekretariats sind u. a. vorgesehen für:
  - Reisekosten des Sekretariates zu Sitzungen des Ständigen Ausschusses, zu Sekretariatstreffen und anderen zweckdienlichen Treffen und Konferenzen;
  - Verbindungsaktivitäten zum CBSS;
  - Erarbeitung und Druck des BSPC-Konferenzberichts;
  - Informationsaktivitäten und Pflege der Website ([www.bspc.net](http://www.bspc.net)),
  - Verdolmetschung bei Sitzungen des Ständigen Ausschusses,
  - gemeinsame Ausgaben in Bezug auf den Erweiterten Ständigen Ausschuss.
4. Ein speziell für die gemeinsamen Finanzbeiträge vorgesehenes Bankkonto wurde bei der *Danske Bank* eröffnet. Die technischen Modalitäten für die Überweisung der Beiträge wurden den Mitgliedern der BSPC mitgeteilt.
5. Eine Buchprüfung über die Verwendung der Gelder erfolgt jährlich. Die erste Buchprüfung wird im Frühjahr 2008 durch die *Dänische Rigsrevisionen* (das dänische nationale Buchprüfamt) durchgeführt.
6. Die Kosten verteilen sich wie folgt auf die Mitglieder der BSPC:

**auf die „großen“ Staaten:**

|             |                |
|-------------|----------------|
| Dänemark    | 10.483,20 Euro |
| Deutschland | 10.483,20 Euro |
| Finnland    | 10.483,20 Euro |
| Norwegen    | 10.483,20 Euro |
| Polen       | 10.483,20 Euro |
| Russland    | 10.483,20 Euro |
| Schweden    | 10.483,20 Euro |
| Gesamt      | 73.382,40 Euro |

**auf die „kleinen“ Staaten:**

|          |                |
|----------|----------------|
| Estland  | 3.494,40 Euro  |
| Island   | 3.494,40 Euro  |
| Lettland | 3.494,40 Euro  |
| Litauen  | 3.494,40 Euro  |
| Gesamt   | 13.977,60 Euro |

**auf die regionalen Parlamente:**

|                        |                |
|------------------------|----------------|
| Åland                  | 2.240,00 Euro  |
| Bremen                 | 2.240,00 Euro  |
| Faröer Inseln          | 2.240,00 Euro  |
| Grönland               | 2.240,00 Euro  |
| Hamburg                | 2.240,00 Euro  |
| Kaliningrad            | 2.240,00 Euro  |
| Karelien               | 2.240,00 Euro  |
| Leningrad              | 2.240,00 Euro  |
| Mecklenburg-Vorpommern | 2.240,00 Euro  |
| St. Petersburg         | 2.240,00 Euro  |
| Schleswig-Holstein     | 2.240,00 Euro  |
| Gesamt:                | 24.640,00 Euro |

**Insgesamt: 112.000,00 Euro**

**ANHANG 4****Geschäftsordnung für den Erweiterten Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz in seiner Funktion als Redaktionsausschuss**

1. Die Ergebnisse der alljährlichen parlamentarischen Konferenzen werden in einer von der Konferenz verabschiedeten Konferenzresolution dokumentiert. Ein Entwurf der vom Ständigen Ausschuss erarbeiteten Resolution bildet die Grundlage für die Beratungen des Redaktionsausschusses. Ein vorläufiger Entwurf wird den Delegationen spätestens sechs Wochen vor der Jahreskonferenz übermittelt.
2. Jede parlamentarische Delegation entsendet ein von ihr benanntes Mitglied in den Redaktionsausschuss, der den Entwurf der Konferenzresolution vorlegt. Ein stellvertretendes Mitglied ist nur dann zulässig, wenn das ordentliche Mitglied verhindert ist. Das ordentliche Mitglied und das stellvertretende Mitglied müssen gewählte Parlamentsmitglieder sein.
3. Vor Beginn der Konferenz informiert jede Delegation das Sekretariat über ihr für den Redaktionsausschuss benanntes ordentliches und stellvertretendes Mitglied.
4. Pro Delegation kann ein/e Verwaltungsmitarbeiter/in das Mitglied bei seiner Arbeit im Redaktionsausschuss unterstützen.
5. Arbeitssprache im Redaktionsausschuss ist Englisch.
6. Änderungsanträge zum Resolutionsentwurf müssen dem Sekretariat spätestens eine Woche vor der ersten Sitzung des Redaktionsausschusses übermittelt werden. Sie müssen sich auf das Thema der Konferenz beziehen. Der Redaktionsausschuss entscheidet über diese Änderungsanträge mit einfacher Mehrheit.
7. Das Sekretariat der BSPC ist für die redaktionelle Überarbeitung der Schlussfassung der verabschiedeten Resolution zuständig.



## **Baltic Sea Parliamentary Conference (B S P C)**

### **Rules of Procedure for the Parliamentary Conference, the Standing Committee, the Enlarged Standing Committee, and the Drafting Committee**

(approved by the 8<sup>th</sup> Parliamentary Conference on 8<sup>th</sup> September 1999  
in Mariehamn; amended at the 11<sup>th</sup> Conference in St Petersburg  
on 1<sup>st</sup> October 2002; amended by the 14<sup>th</sup> Parliamentary Conference in Vilnius  
on 30<sup>th</sup> August 2005, valid after the 14<sup>th</sup> Conference has been closed; amended by the 16<sup>th</sup>  
Parliamentary Conference in Berlin on 28 August 2007, valid after the 16<sup>th</sup> Conference has  
been closed; amended by the 18<sup>th</sup> Parliamentary Conference in Nyborg on 1 September, valid  
after the 18<sup>th</sup> Conference has been closed)

### **Preamble**

### **Objectives of the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)**

The Conference, BSPC, shall

- 1) initiate and guide political activities in the region
- 2) support and strengthen democratic institutions in the participating states
- 3) improve dialogue between governments, parliaments and civil society
- 4) strengthen the common identity of the Baltic Sea Region by means of close co-operation between national and regional parliaments on the basis of equality
- 5) initiate and guide political activities in the Baltic Sea Region, endowing them with additional democratic legitimacy and parliamentary authority

## **Part 1**

### **Participants/Members**

1. The Baltic Sea Parliamentary Conference BSPC shall be composed of members of national and regional parliaments from the 11 Baltic Sea States, which are members of the CBSS; and the Baltic Assembly, European Parliament, PACE and Nordic Council. Parliamentary delegations consist of 2-5 persons according to the size of the country or autonomous area. The size of delegation and the number of additional participants are decided by the Standing Committee in consultation with the Host Parliament.
2. Organisations granted Permanent Participant status or Observer status according to the annexed lists are to be invited.

### **The Annual Parliamentary Conference**

3. Conferences shall be held annually.
4. The venue follows the principle of rotation; national as well as regional parliaments are entitled to apply for hosting the conference
5. The Host Parliament issues invitations to the conference. It is responsible for practical arrangements, provides the necessary documentation and press coverage and publishes a conference report.
6. The Host Parliament covers all costs for practical arrangements in connection with the conference. All participants cover their own costs for taking part in the conference (travel, accommodation and other direct costs related to participation).
7. The programme and agenda of the conference are decided by the Standing Committee in consultation with the Host Parliament.
8. The conference is chaired by the Host Parliament. The debates during the conference may be led by members of the Standing Committee at the request of the chairman of the conference.
9. The working language of the conference is English. The Host Parliament shall provide interpretation into Russian, Scandinavian, German and, if possible, into other languages as well.
10. After reports and introductory statements, a general discussion will be held. During this discussion priority is given to the parliamentary representatives
11. Decisions in plenary session shall be made by consensus between the parliamentary delegations in a final vote. Abstentions do not disrupt the consensus.

12. The draft conference resolution is submitted by the Enlarged Standing Committee, acting during the conference as Drafting Committee on the basis of separate orders (Annex 4). In order to favour the debate and to facilitate agreement during the preparatory procedure of the final resolution, the Drafting Committee decides by simple majority. Dissenting views may be explained at the Plenary Session.
13. The result of the deliberations is documented in a conference resolution approved by the conference. The conference addresses the proposals and recommendations included in the conference resolution to the CBSS, to governments and parliaments on the national and regional level as well as to supranational bodies and international organisations as appropriate.
14. In the conference resolution the conference designates a Host Parliament for the next conference at the invitation of one of the participating parliaments and fixes the date.

## **Part 2**

### **Standing Committee and Enlarged Standing Committee**

#### **1. Composition**

##### **1.1 Standing Committee**

Parliamentarians of the Baltic Countries represented through the Baltic Assembly, of the Nordic Countries through the Nordic Council, of Poland, Germany and Russia form the Standing Committee as the permanent political body of the conference.

The country groups and countries are represented by one or two member(s) each in the Standing Committee. Germany, the Nordic countries represented through the Nordic Council, and Russia have two members, while the Baltic Countries represented through the Baltic Assembly, European Parliament and Poland have one member each. Each country group, country and organisation appoints its member(s) according to its own rules.

##### **1.2 Enlarged Standing Committee**

The Enlarged Standing Committee consists of the members of the Standing Committee and one representative from each of the other participating parliaments.

The Host Parliament of the next annual conference shall be represented in the Standing Committee.

## **2. Tasks**

### **2.1 The Standing Committee**

is responsible for

- arranging the annual conference in co-operation with the Host Parliament
- following up on the implementation of the final resolutions approved by the preceding conferences
- drafting an annual work programme for the BSPC
- ensuring the effective operation of the BSPC between the conferences
- submitting an annual report to the Conference on the activities of the BSPC and on the annual work programme.

may consider any matter of specific interest and relevance for the Baltic Sea Region, and may, if needed, give its opinion on such issues. Statements given by the Standing Committee shall be reported to the conference

### **2.2 The Enlarged Standing Committee**

The Standing Committee meets at least twice a year in an enlarged composition (Enlarged Standing Committee).

The Enlarged Standing Committee is a consultative body

- preparing - in its function as Drafting Committee - the final draft resolution during the conference
- meeting annually in December - February with the CBSS Chair. The Enlarged Standing Committee receives a report from the CBSS chair on implementation of the resolutions and other current questions in the region. It also considers the preparations for the upcoming conference.

The chairman of the Standing Committee acts as chair of the Enlarged Committee.

3. The Standing Committee elects a chairperson and a vice-chair for a period starting at the closure of the annual conference and continuing until the end of the following conference.
4. The working language of the Standing Committee is English.
5. The Standing Committee is supported by the Secretary Level.
6. As far as needed the Standing Committee is entrusted to nominate rapporteurs and to set up ad hoc-working groups based on its members as well as on external experts and the Secretary level.
7. Meetings of the Standing Committee take place at the call of the Chairman.
8. Decisions in the Standing Committee are made by consensus.

## 9. The Secretariat

The bodies and activities of the BSPC are supported and coordinated by a joint Secretariat. The operating costs of the Secretariat are jointly financed by all national and regional parliaments of the BSPC, according to the principles and cost-sharing model described in Annex 3.

## ANNEX 1

**Invited Parliaments and Parliamentary Organisations**

|                                                                                       |                     |
|---------------------------------------------------------------------------------------|---------------------|
| Baltic Assembly                                                                       | 4-5 representatives |
| European Parliament                                                                   | 4-5 representatives |
| Federal Assembly of the Russian Federation                                            | 4-5 representatives |
| Nordic Council                                                                        | 4-5 representatives |
| Parliament of Åland                                                                   | 2-3 representatives |
| Parliament of Denmark                                                                 | 4-5 representatives |
| Parliament of Estonia                                                                 | 4-5 representatives |
| Parliament of Faeroe Islands                                                          | 2-3 representatives |
| Parliament of Finland                                                                 | 4-5 representatives |
| Parliament of the Federal Republic of Germany                                         | 4-5 representatives |
| Parliament of Free and Hanse City of Bremen                                           | 4-5 representatives |
| Parliament of Free and Hanse City of Hamburg                                          | 4-5 representatives |
| Parliament of Greenland                                                               | 2-3 representatives |
| Parliament of Iceland                                                                 | 4-5 representatives |
| Parliament of Kaliningrad Region                                                      | 4-5 representatives |
| Parliament of the Karelian Republic                                                   | 4-5 representatives |
| Parliament of Latvia                                                                  | 4-5 representatives |
| Parliament of the Leningrad Region                                                    | 4-5 representatives |
| Parliament of Lithuania                                                               | 4-5 representatives |
| Parliament of Mecklenburg-Vorpommern                                                  | 4-5 representatives |
| Parliament of Norway                                                                  | 4-5 representatives |
| Parliament of Poland                                                                  | 4-5 representatives |
| Parliament of the City of St Petersburg                                               | 4-5 representatives |
| Parliament of Schleswig-Holstein                                                      | 4-5 representatives |
| Parliament of Sweden                                                                  | 4-5 representatives |
| Parliamentary Assembly of the Council of Europe                                       | 4-5 representatives |
| Parliamentary Assembly of the Organization for Security and<br>Co-operation in Europe | 4-5 representatives |

**ANNEX 2****Invited Observers**

1. Adrian-Ionian Initiative (AII)
2. Standing Committee of Parliamentarians of the Arctic Region
3. Baltic 21
4. Baltic Chamber of Commerce Association
5. Baltic Council of Ministers
6. Baltic Development Forum
7. Baltic Sea Commission/CPMR
8. Baltic Sea Forum
9. Baltic Sea Region University Network
10. Baltic Sea States Sub-Regional Co-operation BSSSC
11. Baltic Sea University Network
12. Baltic Sea Youth Forum
13. CIFE (The International Centre for European Studies)
14. CIS-IPA Commonwealth of Independent States – Inter-Parliamentary Assembly
15. Council of Baltic Sea States CBSS
16. COSAC
17. European Commission
18. FUEN (Federal Union of European nationalities)
19. Helsinki Commission - HELCOM
20. IPU
21. NEKON (Northern European Knowledge Network of Excellence)
22. NGO-Forum
23. Nordic Council of Ministers
24. North-West Parliamentary Association of Russia
25. PABSEC (Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Co-operation)
26. State Legislative Leaders' Foundation
27. Trade Union Network BASTUN
28. Union of the Baltic Cities UBC
29. WoMen and Democracy - the Baltic Sea Region's Women's Conference
30. Nordic Investment Bank (NiB)
31. Nordic Environment Finance Corporation (NEFCO)

## ANNEX 3

**Joint Financing of the BSPC Secretariat**

1. The national and regional member parliaments of the BSPC have, by way of correspondence during the last half of 2005, agreed on a joint financing of the operating costs of the BSPC Secretariat
2. Based on the estimated annual operating costs of the Secretariat in 2006 - € 112,000 - a cost-sharing model, based on the formula used by the CBSS but modified to include also regional parliaments, have been elaborated. The respective cost shares of the BSPC members are listed in paragraph 6 below.
3. The joint financial resources of the BSPC Secretariat should be allocated to, i.a.,
  - travelling expenses for the Secretariat to Standing Committee meetings, Secretary Level meetings and other relevant meetings and conferences;
  - liaison activities with CBSS;
  - compilation and printing of the BSPC Conference Report;
  - information activities and maintenance of the website ([www.bspc.net](http://www.bspc.net));
  - interpretation at Standing Committee meetings;
  - joint expenses concerning the Extended Standing Committee.
4. A bank account specifically intended for the joint financial contributions has been opened in the *Danske Bank*. The technical modalities for transferring contributions have been forwarded to the members of the BSPC.
5. An audit of the usage of the account will be made annually. The first audit will be carried out in spring 2008 by the Danish *Rigsrevisionen* (the Danish National Audit Office).
6. The cost shares of the members of the BSPC are the following:

**From the „big” countries:**

|         |           |      |
|---------|-----------|------|
| Denmark | 10,483.20 | EURO |
| Finland | 10,483.20 | EURO |
| Germany | 10,483.20 | EURO |
| Norway  | 10,483.20 | EURO |
| Poland  | 10,483.20 | EURO |
| Russia  | 10,483.20 | EURO |
| Sweden  | 10,483.20 | EURO |
| Total   | 73,382.40 | EURO |

**From the „small” countries:**

|           |           |      |
|-----------|-----------|------|
| Estonia   | 3,494.40  | EURO |
| Iceland   | 3,494.40  | EURO |
| Latvia    | 3,494.40  | EURO |
| Lithuania | 3,494.40  | EURO |
| Total     | 13,977.60 | EURO |

**From Regional parlements:**

|                        |           |      |
|------------------------|-----------|------|
| Bremen                 | 2,240.00  | EURO |
| Faro Island            | 2,240.00  | EURO |
| Greenland              | 2,240.00  | EURO |
| Hamburg                | 2,240.00  | EURO |
| Kaliningrad            | 2,240.00  | EURO |
| Karelia                | 2,240.00  | EURO |
| Leningrad              | 2,240.00  | EURO |
| Mecklenburg-Vorpommern | 2,240.00  | EURO |
| St Petersburg          | 2,240.00  | EURO |
| Schleswig-Holstein     | 2,240.00  | EURO |
| Åland                  | 2,240.00  | EURO |
| Total                  | 24,640.00 | EURO |

|              |                   |             |
|--------------|-------------------|-------------|
| <b>Total</b> | <b>112,000.00</b> | <b>EURO</b> |
|--------------|-------------------|-------------|

## ANNEX 4

**Rules of procedure for the Enlarged Standing Committee of the Baltic Sea Parliamentary Conference, acting as Drafting Committee during the Conference.**

1. The results of the annual Parliamentary Conferences are documented in a conference resolution approved by the conference. A draft version of the resolution drawn up by the Standing Committee forms the basis of the Drafting Committee's deliberations. A draft baseline resolution shall be forwarded to the delegations no later than six weeks prior to the annual conference
2. The draft conference resolution is submitted by the Drafting Committee consisting of one person appointed by each parliamentary delegation. A deputy is admissible only in case the appointed member is prevented from attending. The member and the deputy shall both be elected Members of Parliament.
3. Before the beginning of the conference, each delegation shall inform the Secretariat about its appointment of a member of the Drafting Committee and a deputy.
4. One staff person per delegation is admitted to assist the member of the Drafting Committee in the proceedings.
5. The working language of the Drafting Committee is English.
6. Motions for amendments to the draft resolution should be submitted to the Secretariat no later than one week before the first meeting of the Drafting Committee. They shall refer to the topics of the conference. The Drafting Committee decides on these amendments by simple majority.
7. The BSPC Secretary Level is responsible for the editorial revision of the final version of the adopted resolution.